

Die Zeitung erscheint täglich des Abends. — Bestellungen werden angenommen von allen Postämtern des In- und Auslandes.

# Leipziger Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Inventionsgebühr für den Raum einer Seite 1/2 Gr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesez!»

**Großbritannien.** — **Frankreich.** (+ Paris; \* Strasburg.) — **Belgien.** (+ Brüssel.) — **Deutschland.** († Aus Baiern; Augsburg; \*\* Aus dem Hanoverschen; † Hannover; \* Altenburg.) — **Krakau.** — **Ostreich.** (Aus Ungarn.) — **Schweiz.** (\* Von der Thur.) — **Rußland und Polen.** (Petersburg; Obeffa.) — **Griechenland.** (Athen.) — **Türkei.** (Konstantinopel.) — **Börsennachrichten.** — **Ankündigungen.**

## Großbritannien.

London, 10. Mai.

Die gestern mitgetheilte Nachricht von dem vereitelten Versuch, eine neue Verwaltung zu bilden, wird von Wortführern beider Parteien in den Hauptumständen übereinstimmend erzählt und als nächste Veranlassung des Fehlschlags die entschiedene Weigerung der Königin angegeben, die Veränderungen in ihrem weiblichen Hofstaate zu machen, auf welchen die Tories ebenso entschieden bestanden. Keins dieser Blätter gibt eine Andeutung von andern Gründen, die man vermuthen könnte, und die allgemeine Erwartung in der heutigen Sitzung des Oberhauses, wo sich viele Mitglieder eingefunden hatten, Aufschlüsse zu erhalten, wurde nicht erfüllt, da das Haus, nachdem Lord Melbourne dem Lord Shaftesbury einige Worte zugeflüstert hatte, den Antrag auf Vertagung bei kaum unterdrücktem Lachen annahm. Der heutige Standard, der uns die meisten Mittheilungen über die Fortschritte der Bemühungen Peel's und die wahrscheinliche Vertheilung der Stellen in den verschiedenen Verwaltungsweigen gegeben hatte, sagt über diese Angelegenheit: „Wir haben gehört, daß der Versuch, eine Verwaltung unter Sir R. Peel zu bilden, für jetzt fehlgeschlagen ist, nicht wegen irgend eines auf die öffentlichen Angelegenheiten bezüglichen Grundes, in welchem die Königin mit ihren Rathgebern uneinig gewesen wäre, sondern bloß wegen der Thatsache, daß Ihre Majestät sich weigerte, von einem Theil ihres weiblichen Hofstaates sich zu trennen. Nach Allem, was wir gehört haben, vermuthen wir, daß Diejenigen, auf deren Entfernung angetragen wurde, solche wären, die wegen ihrer nahen Verwandtschaft mit den abgegangenen Ministern es für eine conservative Verwaltung unmöglich gemacht haben würden, die Angelegenheiten des Landes zu leiten, da die Beibehaltung jener Personen des Hofstaates ein deutliches Zeichen gewesen sein würde, daß die amtlichen Rathgeber der Königin nicht in dem Besitz ihres Vertrauens wären, während ihre Rathgeberinnen im Palaste nach den Weisungen ihrer Gemahle und Brüder in dem Palastboudoir alle Angriffe derselben als eine Opposition geleitet haben würden, die ostentativ und handgreiflich den Schutz des Hofes genossen hätte. Unter diesen Umständen war es für Sir R. Peel unmöglich, anders zu handeln, als es geschehen ist. Wir sagen für jetzt nichts über die Gefühle des Publicums hinsichtlich des Benehmens der weiblichen Clique im Palaste, die durch ihr Misbehören in der Angelegenheit des Hofräuleins Flora Hastings ihrer königlichen Gebieterin bereits so viel unverdienten und fast unersehblichen Nachtheil zugefügt hat. Es ist also eine Verwaltung auf dem Punkte wieder in das Amt zu treten, während das Land gegen sie ist, das Oberhaus gegen sie, und nach ihrem eignen Geständnisse das Vertrauen des Unterhauses ihr fehlt, aber unterstützt durch die weibliche Schlachtordnung eines Schürzeneinflusses im Palaste. Wird das Land es sich gefallen lassen, von einer weiblichen Camarilla im Palaste regiert zu werden?“ Dagegen sagt der Courier, indem er die gestern von uns gegebene Nachricht mittheilt: „Die Tories sind gescheitert in dem Versuche, eine Verwaltung zu bilden, und es wird nun von der Vaterlandsliebe der Whigs abhängen, das Land von dem Drangsale zu retten, wovon es seit vier Tagen bedroht gewesen ist.“ Nachdem der Courier hinzugesetzt hat, daß die Königin Lord Melbourne berufen habe, fährt er fort: „Seine Königin und sein Vaterland fordern einstimmig seinen Beistand, sie von Unterdrückung zu befreien, und sollte er vor dem Kampfe zurückbeben, so würde er den hohen und ehrenvollen Ruf verwickeln, dem alle schlaunen Bemühungen der Partei einen Makel anzuhängen bisher vergebens versucht haben.“ Der Courier erinnert dabei an Georg III.,

welcher, als er nach Perceval's Tode dem Grafen v. Grey die Bildung eines Ministeriums auftrug, sich nur die Ernennung von drei Hofbeamten vorbehalten wollte, diese Bedingung aber nicht erlangen konnte. „In dem gegenwärtigen Falle wollte die Königin sich nur die Wahl ihrer Gesellschafterinnen vorbehalten, und dieses sehr gemäßigte Verlangen, dieser Wunsch, der Jedermann sehr natürlich und billig erscheinen muß, wurde verweigert. Wie uns berichtet wird, bestand man auf der Entlassung des ganzen weiblichen Hofstaates, ohne eine einzige Ausnahme; ein ebenso unedelmüthiges als von der Königin unmöglich zu gewährendes Verlangen, das dahin geführt haben würde, sie nur mit torpistischen Frauen zu umgeben und sie zur Gefangenenn in ihrem Palaste zu machen. Haben die Tories im Lande nur etwas von jener Pflichttreue, auf welche sie ausschließlich Anspruch machen wollen, so werden sie sich unter solchen Umständen um ihre Königin scharen. Lord Melbourne kann seiner Ehre wegen in einem so wichtigen Augenblicke seine Königin nicht verlassen. Es gibt Bestandtheile genug für die Bildung einer Verwaltung, welche die begeisterte Unterstützung des Volkes erhalten würde, und eine solche Verwaltung muß Lord Melbourne um sich zu sammeln bereit sein. Möge er zeigen, daß er den Beistand des Volkes verdiene, und es wird ihm nicht daran fehlen. Es kann nur Ein Gefühl im Lande herrschen, und an dieses Land muß Lord Melbourne um seiner Königin willen, wenn es nöthig ist, sich wenden.“ Der Globe bestätigt, daß Peel, auf die Weigerung der Königin, ihren weiblichen Hofstaat zu entlassen, die ihm ertheilte Vollmacht zur Bildung einer Verwaltung zurückgegeben habe, und setzt hinzu: „Die Theilnahme des Landes wird sich für die Königin erklären, nicht nur weil sie eine Königin, sondern auch eine Frau, eine junge, aufrichtige, vertrauende Frau ist, welcher von den Tories in dem Triumph über ihre nahe Erhebung mit so barschen Forderungen zugesetzt wurde, daß sie es nicht ertragen konnte. Wie wir hören, bestand man auf der Entlassung aller Personen des weiblichen Hofstaates von der höchsten bis zur geringsten. Es erfolgte eine Weigerung, während man unbedingte Gewährung erwartete... Die Königin hat sich als ein würdiger Sproßling des Hauses Braunschweig gezeigt und wird in ihrem Entschlusse von dem Lande unterstützt werden, wenn es nöthig sein sollte, die Meinung desselben zu befragen. Die Partei, die so lange über die Freiheit des Volkes herumgefaust hat, wollte es wagen, die Königin zu überreiten, und wurde von ihr vom Pferde geworfen, ehe sie noch fest im Sattel saß... Wir können natürlich nicht vermuthen, welchen Rath Lord Melbourne unter so ganz veränderten Umständen der Königin zu geben sich verpflichtet fühlen wird. Der Rath, den er ihr früher gegeben haben soll, war von der Art, wie die damaligen Umstände ihn foderten und rechtfertigten. Wir würden gegen unsere Überzeugung sprechen, wenn wir nicht erklären wollten, daß die Rathgeber der Königin jetzt zu einem andern Benehmen verpflichtet zu sein scheinen. Es ist unsers Bedünkens offenbar ihre Pflicht, Anordnungen vorzuschlagen, die dahin führen möchten, das möglich stärkste liberale Ministerium zu bilden, und wo nöthig muß die so wiederbefestigte und gestärkte Regierung sich an die Stimme des Landes wenden. „Die Königin!“ wird das Losungswort sein, das die schlummernde Thatkraft des britischen Volkes erweckt. Die Tories haben einen ihnen verderblichen Versuch gemacht und sind in dem Versuche gefallen, aber ihre Selbstsucht hat das Land gerettet. Indem sie nach Allem greifen wollten, haben sie verloren, was sie eine Zeit lang hätten festhalten können.“

— Nach dem Sun hat Hr. Shaw Lefevre eingewilligt, sich zum Sprecher des Unterhauses vorschlagen zu lassen, und der Globe sagt,

es lasse sich erwarten, daß er die Unterstützung von Allen erhalten werde, die den Namen Reformfreunde verdienen.

— Der Prinz Georg von Cambridge ist am 25. April von Gibraltar, wo er sich über sechs Monate aufgehalten hat, nach Malta abgereist.

— Vorgestern ward eine Versammlung des protestantischen Vereins in Greter Hall unter dem Vorsitze des Grafen v. Winchilsea gehalten, welcher die Hoffnung aussprach, daß die Gesellschaft von Jahr zu Jahr zunehmen werde, bis die von ihr seit langer Zeit verfolgten Grundsätze die leitenden Grundsätze der Gesetzgebung geworden wären. Durch den Segen des Allmächtigen, fuhr der Graf fort, seien nun aus dem Rathe der Königin diejenigen Menschen entfernt, welche, die Pflicht vergessend, die sie sich selbst und dem Lande schuldig wären, der heiligen Pflicht gegen ihren Gott uneingedenk, um ihren weltlichen Ehrgeiz und ihr Machtgelüste zu befriedigen, sich mit jener Macht des Papstthums, die jetzt in England hervortrete, verbündet und all ihren Einfluß aufgebieten hätten, papistische Tyrannie in England zu gründen. Die Versammlung, sagt der Globe, habe in den Ausdruck dieser politisch-religiösen Gesinnungen lebhaft eingestimmt.

### Frankreich.

Paris, 12. Mai.

Aus den neun Bureaux ist die Commission der Adresse aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt hervorgegangen: Marquis v. Dalmatien, Berger, Salmon, Lanzer, Dufaure, Thiers, Cunin-Gridaine, Duchatel, Ganneron. Das linke Centrum rechnet hiervon fünf für sich. Da aber Hr. Berger, der zu diesen fünf gehört, ausgetreten ist und deshalb eine Wahl erneuert werden muß, so bleibt die Majorität noch ungewiß, zumal die Stimme Passy's, der als Präsident von Rechts wegen der zehnte der Commission ist, zweifelhaft geworden.

— Im zweiten Bureau haben die Herren Persil und Bignon für absolute Aufrechthaltung der Septemberelese und Abweisung jeglichen Gedankens einer Wahlreform gesprochen. Im sechsten Bureau, wo Hr. Piscatory sich für eine entschieden positive Adresse erklärte, trat Thiers energisch gegen diese Ansicht auf und war der Meinung, die Kammer solle sich darauf beschränken, die Krone um rasche Entschließung zu bitten; die letzten Abstimmungen der Kammer hätten die Männer und Meinungen, an welche sich die Krone zur Befriedigung des wählenden Frankreichs zu wenden habe, hinreichend bezeichnet. In diesem Bureau ward Thiers mit 26 Stimmen gegen Hrn. Dussinaut gewählt, der sich im Sinne des Hrn. Piscatory ausgesprochen hatte und 20 Stimmen erhielt. Dagegen ward im siebenten Bureau Cunin-Gridaine, Vertreter einer bestimmten, das einzuhaltende System bezeichnenden Adresse, mit 26 Stimmen gegen Hrn. Desfite gewählt, der sich im entgegengesetzten Sinn erklärt hatte.

— Seit vorgestern hat man wieder zu unterhandeln angefangen; auch diesmal, so muß man fürchten, vergeblich. Man sollte meinen, die bisherige Erfahrung habe hinreichend dargethan, daß, wenn man in allem Ernst eine Lösung herbeiführen will, man die krummen Wege aufgeben müsse. (Messenger.)

— Das linke Centrum behauptet, die Commission der Adresse zu beherrschen. In diesem Falle hängt nun Alles von ihm ab. Es setze nun das von Hrn. Thiers abgefaßte Programm vom 21. März, das der König angenommen, in die Adresse, mit allen Anmerkungen und Erläuterungen, damit es nicht wieder ein Mißverständnis gebe; nimmt die Kammer es an, so ist Alles in Ordnung, denn, wie gesagt, der König hat es bereits angenommen; und so kämen wir denn aus dem Circle heraus, worin wir uns seit zwei Monaten bewegen, daß die Einen sagen, ohne Majorität kein Ministerium, und die Andern ohne Ministerium keine Majorität. Wir glauben sogar, die Kammer würde das Programm votiren; denn genau genommen, es hat nichts sehr Aufreihendes, und wenn wir verlangen, daß es in die Adresse eingerückt werde, so ist das keine Arglist; wir wollen vor Allem eine Majorität, das Mittel scheint uns gut dazu, und wir rathen es aufrichtig und ohne Rückhalt an. Nur wünschen wir ernstlich, daß es zu keiner so fahlen Production komme, wie die vorgestrige Rede des Hrn. Billault war. Das linke Centrum behauptet Meister der Adresse zu sein, wird also auch nach der Adresse beurtheilt werden; zeigt es sich entschieden und einig, so sagen wir dreist, wird das Ministerium schon vor der Adresse zu Stande gebracht sein; denn dieses linke Centrum, wir sagen es zum hundertsten Mal, ist bisher schuld an allem Verzug, allein vermochte es nichts, und mit Andern verlangte es zu viel. Es trete endlich auf und sage, wir

haben die Majorität und wagen es, als Ministerium zu erscheinen. Wenn wir übrigens von Halbheit der Adresse gesprochen haben, so ist das die alleinige Besorgniß, die wir in diesem Betracht hegen, denn daß die Adresse ein anderer Vorwurf treffen könnte, nämlich der der Ungerechtigkeit und Beschuldigung wider die Krone, befürchten wir von Seiten des linken Centrums nicht. Von ihm kann etwas so Strafbares nicht ausgehen, und überdies kennt es die Kammer zu gut, um nicht zu begreifen, daß ein Ministerium, das den Versuch machen wollte, mit Hilfe eines ungerechten und verbrecherischen, auf die Krone geworfenen Mißtrauens ans Ruder zu kommen, sich auf der Stelle um all seinen Ruf in der Kammer gebracht sehen würde. (Journal des Débats.)

— Der National sagt, der Beweis liege vor Aller Augen, daß Kammern wie Krone von gleicher Dymnastie gelähmt seien, und daß auch neue Wahlen weder diese noch jene wieder zu Kräften bringen könnten. Das einzige Rettungsmittel liege in der Nation. Von dieser müsse durch Petitionen die Wahlreform gefordert werden, gegen welchen moralischen Aufstand kein Widerstand auf die Länge etwas vermögen werde.

— Hr. Charles Dupin hat gestern der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften über das Schicksal der von ihr für das laufende Jahr gestellten Preisfrage, über die seit Kant in Deutschland aufgetretenen philosophischen Systeme, Bericht abgestattet. Es sind im Ganzen sechs Abhandlungen eingegangen. Nr. 1 und 2 haben, sagt Hr. Dupin, der Akademie keiner Beachtung werth erschienen. Nr. 3, ohne Devise, von Wien datirt, ist eine Arbeit voll vagem Mysticismus, in schlechtem Französisch geschrieben, und ist kaum mehr als die obigen der Erwähnung werth. Nr. 4 ist ein wenig besser, rührt, wie die drei ersten, von einem Deutschen her, ist aber von allzu schwacher Behandlung. Nr. 5 und 6 haben dagegen einen ganz andern Charakter und sind den übrigen weit überlegen. Doch hat keine von beiden Abhandlungen der Akademie des Preises würdig erschienen. Nr. 5 hat offenbar einen Franzosen zum Verfasser; tiefes Studium, genaue Kenntniß aller großen Systeme und sogar der ziemlich zahlreichen mittelmäßigen Werke, welche Deutschland seit einem halben Jahrhundert hervorgebracht, Wahrheitsliebe, Kritik und Herrschaft des Verstandes über Gefühl und Einbildung sind die Vorzüge dieser Arbeit. Aber die Mängel sind: der Autor bleibt die Antwort auf den wesentlichsten Theil der Frage schuldig, nämlich einer Würdigung der philosophischen Entwicklung des neuern Deutschlands; er geht ins Einzelne jedes Systems, faßt aber dessen Geist nicht zusammen; er bringt alle Nachfolger Kant's diesem zum Opfer, ist gegen jene ungerecht und leidenschaftlich, als wäre seit Kant alle Vernunft aus Deutschland gewichen, als könnte einer großen Bewegung Ausgangspunkt ihr Endpunkt sein, als hätten Männer von so unbestreitbarem Genie und so großem Rufe, wie Fichte, Jacobi, Hegel, Schelling über die deutsche Philosophie schreiten können, ohne eine bleibende Spur in ihr zurückzulassen. Dieser Mangel einer sonst so gründlichen Arbeit ist um so mehr zu beklagen, als er auf mißliche Art sich in Anschuldigungen kund gibt, deren Ausdrucksweise nicht immer die unserer Zeit ist. Nr. 6 dagegen mit dem Motto: „Naturam furca expellat tamen usque recurret“, ist von den eben angegebenen Fehlern frei und besitzt die entgegengesetzten Vorzüge in sehr ausgezeichneter Weise. Tiefe Kenntniß der Systeme, Unterscheidung der in jedem derselben herrschenden Idee, scharfe Kritik und ein über das Ganze frei und hoch sich haltendes Urtheil, dieses alles würde der Arbeit den Preis gesichert haben, wäre sie nicht in einem bis zu solchem Grade fehlerhaften und unvollkommenen Styl geschrieben, daß ihre Veröffentlichung in solcher Gestalt unmöglich wäre. Der Verfasser ist offenbar ein Auswärtiger, ein Deutscher. Ohne in Betreff des Stils zu große Ansprüche zu machen, wünscht die Akademie doch, daß eine solche Arbeit zur Verbreitung der Kenntniß deutscher Philosophie in Frankreich dienen möge. Diesem Wunsch aber vermöchte die genannte Abhandlung nicht zu genügen. Deshalb prorogirt die Akademie den Termin für die Beantwortung der besprochenen Preisfrage in dem festen Vertrauen, daß die Verfasser der letzten beiden Abhandlungen sie unterdeß im Sinne der Akademie umarbeiten, und mittelweise auch noch andere Bewerber entstehen werden. — In derselben Sitzung der Akademie las Mignet seine Denkschrift über Talleyrand, auf die wir später zurückkommen werden, die aber, wie es scheint, hinter den Erwartungen geblieben ist.

— Die Unterzeichnungen für die Verunglückten auf Martinique belaufen sich jetzt auf 186,000 Fr.

† Pa  
trums sa  
Kammer  
Adresse n  
gung der  
Zusamme  
Hospitäl  
Kammer  
men wiss  
vielbespro  
nisterium  
ter Rollen  
Hof, un  
Die Zuch  
indessen e  
verhindern  
bevorsteh  
Ludwig  
Thiers re  
er sich st  
schwer zu  
ger Char  
sich gewir  
litische F  
zur unwi  
lipp oft  
Concessio  
mal die  
provocirt.  
gende A  
denn es  
der Comm  
position o  
jorität ha  
auf den C  
tigen Nat  
glied der  
möglich a  
einem Re  
kkanischer  
Tractats  
unerhört  
tats noch  
den offic  
Wahrschei  
gaben eng  
des Friede  
darauf ver  
weigerung  
war. —  
Zurückber  
völkerung  
zel als G  
ist noch n  
lich angeg  
Lochter de  
dritten B  
\* Stra  
scher Beric  
nern an d  
Soult;  
Soult;  
öffentliche  
Unterricht,  
daine. —  
Scenen de  
holen versu  
der Liniem  
ris war t  
vollkomme

Bri  
In d  
stattete D

Paris, 12. Mai. Während die Mitglieder des linken Centrums fast sämmtlich in den Bureaux dafür gesprochen und in der Kammer dahin gestimmt haben, daß die an den König zu richtende Adresse nur im Allgemeinen den Wunsch einer schleunigen Beendigung der Cabinetkrise, ohne alle Hindeutung auf diese oder jene Zusammensetzung des neuen Ministeriums, ausdrücke, verlangt die Opposition durch ihr Hauptorgan, das Journal des Débats, daß die Kammer die Fraction deutlich bezeichne, der sie das Cabinet entnommen wissen wolle, und es schlägt zu diesem Ende vor, daß man das vielbesprochene Programm des vor mehreren Wochen projectirten Ministeriums Thiers in die Adresse aufnehme. Abermals ein räthselhafter Rollenwechsel; die Opposition zeigt sich monarchischer als der Hof, und dieser will für parlamentarischer gelten als die Kammer. Die Zurückhaltung des gemäßigten Theils der Opposition läßt sich indessen erklären, zumal durch ein gewisses Anstandsgefühl, das ihn verhindern mag, sich selbst der Krone zur Berücksichtigung bei der bevorstehenden Ministerwahl zu empfehlen; welches Interesse aber Ludwig Philipp dabei haben kann, sich das unvermeidliche Cabinet Thiers recht augenscheinlich aufdringen zu lassen, den Zwang, dem er sich fügen muß, aller Welt handgreiflich zu machen, das ist schwer zu errathen. Wäre der König ein schwacher, eigensinniger Charakter, so könnte man glauben, daß er es nicht über sich gewinnen könne, seine Antipathie gegen Thiers und dessen politische Farbe zu verleugnen, ehe ihm die Nothwendigkeit beider zur unwiderstehlichen Evidenz geworden sei; da aber Ludwig Philipp oft bewiesen, daß er dem Drange der Umstände mit Würde Concessionen zu machen weiß, so ist es unbegreiflich, warum er diesmal die Anwendung der äußersten Mittel abwartet und sogar provocirt. In welchem Sinne übrigens das der Kammer vorzulegende Adressproject abgefaßt sein werde, ist noch völlig ungewiß, denn es hängt von dem Ausgange der durch den Rücktritt eines der Commissare nothwendig gewordenen neuen Wahl ab, ob die Opposition oder die Regierungspartei in der Adresscommission die Majorität haben wird. Sollte jedoch auch die fragliche Wahl wieder auf den Candidaten der Opposition fallen, so würde bei der zweideutigen Natur Passy's, der als Präsident der Kammer zehntes Mitglied der Adresscommission ist, noch immer eine Stimmtheilung als möglich anzusehen sein, welche die Commission verhinderte, zu irgend einem Resultate zu kommen. — Die gestrigen eingetroffenen nordamerikanischen Blätter bringen die Nachricht von der Ratification des Tractats vom 9. März durch die mexicanische Regierung. Es ist unerhört und unverantwortlich, daß der authentische Text dieses Tractats noch immer ein Geheimniß für das Publicum, und wenn man den officiellen Blättern glaubt, auch für die Regierung ist. Alle Wahrscheinlichkeitsgründe sind indessen dafür, daß die frühern Angaben englischer und amerikanischer Journale über die Bedingungen des Friedensschlusses richtig gewesen, und daß Frankreich in der That darauf verzichtet habe, die Handelsprivilegien zu erpressen, deren Verweigerung der einzige Vorwand der Feindseligkeiten gegen Mexico war. — Man schreibt aus Algier, daß der Marschall Balès um seine Zurückberufung gebeten habe, und daß unter der französischen Bevölkerung eine Bittschrift um Wiedereinsetzung des Marschalls Clauzel als Generalgouverneur von Afrika circulire. — Der Graf Molé ist noch nicht nach England abgereist, wie mehre Blätter irrthümlich angegeben haben. — Die Gazette de France berichtet, daß die Tochter der Herzogin von Berry mit dem Grafen von Lecce, dem dritten Bruder des Königs von Neapel, verlobt sei.

Strasburg, 13. Mai. Hier wird soeben folgender telegraphischer Bericht veröffentlicht. Paris, 13. Mai. „Der Minister des Innern an den Präfecten des Niederrheins: Conseilpräsident, Marschall Soult; Justiz, Teste; auswärtige Angelegenheiten, Marschall Soult; Krieg, General Schneider; Marine, Admiral Duperré; öffentliche Arbeiten, Dufaure; Inneres, Duchatel; öffentlicher Unterricht, Willemain; Finanzen, Passy; Handel, Cunin-Gredaine. — Eine Bande aufrührerischer Republikaner hat gestern die Scenen der Unordnung der Tage des Junius und April zu wiederholen versucht; sie ist mit leichter Mühe besiegt worden; die Haltung der Linientruppen, der Nationalgarde und der Bevölkerung von Paris war bewunderungswürdig. Diesen Morgen ist die Ordnung vollkommen wiederhergestellt.“

### Belgien.

Brüssel, 11. Mai.

In der gestrigen Sitzung der Repräsentantenkammer erstattete Hr. Rogier den Bericht der Generalsection über den Gesetzentwurf in Betreff des Schelbezolles, worauf der Gesetzentwurf hinsichtlich der Naturalisation der Einwohner des abzutretenden Gebiets des Limburgischen und Luxemburgischen, welche sich nach Belgien überzusiedeln wünschten, und hinsichtlich der Versorgung der in jenen Gebietstheilen befindlichen belgischen Beamten (Nr. 57) zur Berathung kam. Hr. de Renesse, welcher zu Gunsten des Gesetzentwurfes das Wort ergriff, beantragte als Amendement, die Frist, binnen welcher Diejenigen, welche sich nach Belgien übersiedeln wollen, sich zu erklären haben, von zwei Jahren auf sechs Jahre auszu dehnen. Hr. Simons hielt vier Jahre für hinreichend, welche Bestimmung auch die Kammer genehmigte. Hr. de Brouckère verlangte, daß die Minderjährigen an der Wohlthat dieser Bestimmung Theil nähmen, welchem Antrage die Kammer insofern beitrug, daß sie beschloß, den Minderjährigen solle die Befugniß erteilt werden, in den ersten beiden ihrer Großjährigkeitsklärung folgenden Jahren sich über die Benutzung dieses Rechtes zu entscheiden. Hierauf wurde das Ganze des ersten Artikels angenommen. Bei Erörterung des zweiten schlug der Minister der öffentlichen Arbeiten folgende Fassung desselben vor: „Die Gerichts- und Verwaltungsbeamten, die in den von Belgien getrennten Theilen des Limburgischen und Luxemburgischen wohnen werden, genießen u. — Diejenigen dieser Beamten, welche in einem der von Belgien abgetretenen Theile des Limburgischen oder Luxemburgischen geboren sind, werden die Wohlthat obiger Bestimmung nur genießen, wenn sie in den ersten sechs Monaten nach Ratification des Vertrages ihre Erklärung gegeben haben.“ Diese Abfassung wurde von der Kammer angenommen.

Brüssel, 9. Mai. Der Bericht, welchen die Kammer in ihrer Sitzung vom 2. Mai über die letzten diplomatischen Unterhandlungen und deren Resultat empfing, beschränkte sich ganz einfach auf eine officielle Anzeige der Unterzeichnung des Vertrages und die Mittheilung der längst bekannten diplomatischen Actenstücke. Über den Gang dieser Negociation und das System, welches die Regierung in derselben befolgt hat, behauptete das Ministerium das vollkommenste Schweigen. Die ganze Erklärung über die Thätigkeit der Regierung und die Überzeugung, welche dieselbe leitete, liegt in folgendem Paragraphen des ministeriellen Berichts: „Die Gründe, welche den Beschluß der Kammern veranlaßt hatten, bestanden noch in ihrer ganzen Stärke. Die äußern Ereignisse, wie die innere Lage des Landes, machten eine bestimmte Entscheidung dringend nothwendig; unsere gegenwärtigen Forderungen, welche, wie im Monate November 1831, eine unumwundene Zurückweisung hätten erleiden können, haben uns übrigens zu Resultaten gebracht, welche, wenn auch nicht vollständig, doch wenigstens in mehreren Hinsichten befriedigend sind, indem sie die Besorgnisse verschuchen, welche man über die Auslegung und Ausführung gewisser Clauseln des Vertrages hätte fassen können.“ Unmöglich ist es lakonischer zu sein. Ruft aber das Ministerium die Gründe zurück, welche seiner Ansicht nach Belgien zur Annahme des Vertrages zwingen mußten, um dieselben auch als gültige Erklärung der raschen Beendigung der letzten Unterhandlungen aufzustellen, so begeht es offenbar einen schweren Anachronismus. Wer möchte wol glauben, daß Belgien durch eine Weigerung, die Unterhandlungen vor der Bildung eines französischen Ministeriums aufzunehmen, ohne dadurch die Gültigkeit seiner Annahme des Vertrages in seinen Hauptpunkten in Frage zu stellen, sich Europa gegenüber der gleichen Gefahr würde ausgesetzt haben, als vormalig durch eine vollständige Verwerfung des Vertrages? In dem zweiten Theile der obigen Erklärung ist es unverkennbar, daß das belgische Ministerium durch eine schlaue Wendung der Phrase aus einer diplomatischen Niederlage einen diplomatischen Sieg zu machen sich bestrebt. Erwägt man aber, daß alle Punkte, in welchen die Conferenz der belgischen Regierung eine günstige Entscheidung in der letzten Unterhandlung gab, nur minder wichtige Gegenstände enthalten und übrigens selbst der Art sind, daß die Conferenz, ohne den Geist des Vertrages zu verletzen, eine andere Auslegung nicht hätte geben können, wenn man sieht, daß die wichtigen Forderungen, wie z. B. die Frage des Schelbezolles, von der Conferenz einfach und vollkommen zurückgewiesen wurden, so wird man sich durch eine rhetorische Schlaubeit des Ministeriums nicht in seinem Urtheil über das Resultat der letzten Unterhandlung aufhalten lassen. Die Oppositionspresse greift das Ministerium über seinen Lakonismus, sein Schweigen in Bezug auf die Motive, nach welchen es die Unterhandlungen vor der Bildung eines französischen Ministeriums begonnen habe, heftig an. Sie erblickt hierin eine Geringschätzung der Kammern, der gegenüber jetzt, wo man ihrer gezwungenen Zustimmung zu Allem, was auf den Vertrag sich beziehe, gewiß sei, man sich in ein anmaßendes Schweigen verschließe. Vielleicht ist die Presse in diesem Verlangen ungerecht, denn war der erste Entschluß des Ministeriums, die Bildung des französischen Ministeriums zu erwarten, zweckmäßig und ausführbar, was würde dann der Bericht der Regie-

entwurf in Betreff des Schelbezolles, worauf der Gesetzentwurf hinsichtlich der Naturalisation der Einwohner des abzutretenden Gebiets des Limburgischen und Luxemburgischen, welche sich nach Belgien überzusiedeln wünschten, und hinsichtlich der Versorgung der in jenen Gebietstheilen befindlichen belgischen Beamten (Nr. 57) zur Berathung kam. Hr. de Renesse, welcher zu Gunsten des Gesetzentwurfes das Wort ergriff, beantragte als Amendement, die Frist, binnen welcher Diejenigen, welche sich nach Belgien übersiedeln wollen, sich zu erklären haben, von zwei Jahren auf sechs Jahre auszu dehnen. Hr. Simons hielt vier Jahre für hinreichend, welche Bestimmung auch die Kammer genehmigte. Hr. de Brouckère verlangte, daß die Minderjährigen an der Wohlthat dieser Bestimmung Theil nähmen, welchem Antrage die Kammer insofern beitrug, daß sie beschloß, den Minderjährigen solle die Befugniß erteilt werden, in den ersten beiden ihrer Großjährigkeitsklärung folgenden Jahren sich über die Benutzung dieses Rechtes zu entscheiden. Hierauf wurde das Ganze des ersten Artikels angenommen. Bei Erörterung des zweiten schlug der Minister der öffentlichen Arbeiten folgende Fassung desselben vor: „Die Gerichts- und Verwaltungsbeamten, die in den von Belgien getrennten Theilen des Limburgischen und Luxemburgischen wohnen werden, genießen u. — Diejenigen dieser Beamten, welche in einem der von Belgien abgetretenen Theile des Limburgischen oder Luxemburgischen geboren sind, werden die Wohlthat obiger Bestimmung nur genießen, wenn sie in den ersten sechs Monaten nach Ratification des Vertrages ihre Erklärung gegeben haben.“ Diese Abfassung wurde von der Kammer angenommen.

zweckmäßig und ausführbar, was würde dann der Bericht der Regie-

rung über die Motive, welche sie zur Änderung dieser klugen Politik bestimmt haben, anders sein, als ihr eigener Anklageact oder die Enthaltung der so vielfach geahneten und geglaubten fremden Leitung der belgischen Politik. Die hiesige Regierung, welche so plötzlich die Bildung eines neuen französischen Ministeriums nicht mehr erwarten zu müssen glaubte, blickt vielleicht mit aufgeklärtem Auge in das Gewirre der gegenwärtigen französischen Krisis und besitzt bereits über den, wenigstens augenscheinlichen, Ausgang das Lösungswort. Jedenfalls bewies jener Theil der Presse sich eifersüchtiger auf die Rechte der Kammer, als diese selbst; denn Niemand, kein Mitglied der Opposition, fand den so gedrängten Bericht des Ministeriums zu karg; nicht eine Stimme erhob sich, um von den Ministern eine offene, tiefergehende Erklärung über die letzten Unterhandlungen und die Thätigkeit der Regierung zu verlangen. Der Bericht wurde mit ruhigem Schweigen, mit Gleichgültigkeit oder Resignation aufgenommen. Und hierin fehlte die Opposition, denn die erste Pflicht wie die erste Eigenschaft dieses Theiles der Vertretung ist ein unermüdetes, zusammenhängendes Ausbauern in der Controle der Regierungsthätigkeit. Sie darf nicht bloß das Glänzende einer Frage aufgreifen, um damit einen prunkenden Kampf gegen die Regierung zu führen und dann ermüdet die Einzelheit, das minder Geräuschvolle unbeachtet zu übergehen. Dieser Fehler würde von der belgischen Opposition nicht begangen worden sein, stände Gendebien noch an ihrer Spitze.

### Deutschland.

†† Aus Baiern, 12. Mai. Es wurde in Ihren Blättern vor Kurzem einer Schmähchrift gegen die Protestanten erwähnt, betitelt: „Ermahnungsrede über den christlichen Ehestand“; ebenso einer Entgegnung hierauf, betitelt: „Sind denn die gemischten Ehen wirklich so sündhaft und gefährlich?“ (Nr. 88.) Dabei wurde bemerkt, daß die Entgegnung des Protestanten mit Beschlag belegt worden sei. Es ist nun auffallend, daß diese von dem Polizeicommissariat in Amberg schon vor etwa zwei Monaten verfügte Beschlagnahme bis heute von dem Ministerium noch nicht als bestätigt zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurde, indeß bei andern Fällen schon in etwa acht Tagen die Bestätigung der Confiscation eintrifft. Die Schrift liegt seitdem unter amtlichem Siegel, und wer sie in Baiern lesen will, muß sie unter Couvert vom Auslande beziehen. Wie das komme, weiß ich nicht zu sagen; nur so viel scheint gewiß, daß, sowie die Vertheidigung des Protestanten von der höchsten Stelle nicht geduldet wurde, wol auch billigerweise die Ermahnungsrede verboten werden mußte, die sich bis jetzt ihrer freien Bewegung erfreut, indeß die protestantische Entgegnung in Fesseln liegt, die bei ihrer Tüchtigkeit und dem geringen Preise gewiß die allgemeinste Verbreitung gefunden hätte. Der Ton dieser Entgegnung ist wirklich so gemäßigt, als man es auf solche Angriffe nur immer erwarten durfte. Indes durchgängig kalt und gelassen zu bleiben war einer Schrift nicht zugumuthen, welche auf Stellen zu erwidern hatte, die wie die folgende (S. 41 der „Ermahnungsrede“) lauten: „Der katholische Pfarrer darf das Heiligthum nicht den Hunden geben.“ — „Durch diese Äußerung, sagt die Entgegnung, haben Sie sich selbst vor der gesitteten Welt ein unvergängliches Brandmal aufgedrückt. So sehr man sich auch bemüht, die Scheidewand zwischen den Confessionen wieder aufzurichten: die denkenden Christen, welchen Namen sie auch tragen, treten diesen elenden, unchristlichen Fluch in den Staub; sie reichen sich die Hand als menschliche Brüder, als Kinder eines Gottes. Sehen Sie, mein Herr, darum bekämpfe auch ich Sie nicht von dem Standpunkte des alten Lutherthums aus, sondern von dem der gesunden Vernunft; darum versuche ich Sie nicht wieder, obgleich Sie mich versuchen; ich bin kein alter Lutheraner mehr, so wenig der Unbefangene Ihrer Confession ein alter Katholik ist; wir stehen zu Tausenden hier und dort auf Einem Standpunkte, wir sind einig für Licht und vernunftgemäßes Christenthum, einig gegen Finsterniß und religiösen Aberglauben. Das ist dieser gefürchtete Zeitgeist, den Sie den Geist des Antichrists nennen, weil er — ein Geist des wahrhaftigen Gottes — dem Wahne sich entgegenstellt und für Menschenwürde und Bruderverliebe in die Schranken tritt; das ist jener große Bund aller denkenden und unbefangenen Menschen, der sich durch jede der Confessionen hinzieht; ein Bund, der sich nicht auf eine Verabredung gründet oder auf schriftliche Statuten, für den man auch nicht durch Kreuzersammlungen Proselyten erkaufte, sondern der allein auf den Forderungen des gesunden Menschenverstandes und dem Drange des Gewissens beruht und deshalb in der ganzen Welt, ohne Versammlungen und Jahresfeste, seine eifrigen Bekenner findet. Würden auch alle Diejenigen sich öffentlich für ihn erklären, welche ihre Vernunft und ihr Gewissen zu ihm treibt, würden nicht so Viele aus selbstsüchtigen Rücksichten die Stimme ihrer gesunden Vernunft verleugnen; gewiß, die kirchlichen Bekenntnisschriften hätten schon längst eine zeit-

gemäße Verbesserung erhalten, und von einem Streit über gemischte Ehen wäre keine Rede mehr. — Gede Gott, daß der Zeitpunkt nicht mehr ferne sei, wo man endlich zur Einsicht gelangen wird, daß sich die Menschheit nicht rückwärts führen läßt, und daß man klüger handle, bei Zeiten nachzugeben, als die Stunde zu erwarten, wo der andrängende Strom den Damm zertrümmert, der ihn aufzuhalten sucht!“

Augsburg, 11. Mai. Die hiesige Abendzeitung schreibt: „Wir haben über die Errichtung von Klöstern des Ordens der Frauen vom guten Hirten im Königreiche Baiern das Ausführlichere über den Zweck dieser Stiftungen mitgetheilt, und können nun unsere Leser in Kenntniß setzen, daß der Bischof zu Augsburg mittels eines oberhirtlichen Schreibens an die gesammte Diöcesangeistlichkeit die Errichtung eines solchen Klosters in der Stadt Augsburg beabsichtigt, auch bereits die Genehmigung des Königs dazu erhalten hat. Die sämmtliche Geistlichkeit ist zu Sammlung von Beiträgen hierzu aufgefordert, die Anmeldungen aber zum Eintritt in den Orden oder in die Freistätte für Frauen reiferen Alters, und die Erklärungen über die Bedingungen dieses Eintrittes werden die Herren Domcapitularen Egger und Tischer annehmen.“ — In Regensburg legten am 9. Mai drei junge Schotten des dortigen Benedictinerordens zu St. Jakob das feierliche Professgelübde ab, wodurch der ausgesprochene Fortbestand dieses sehr alten Schottenklosters realisiert worden ist.

\*\* Aus dem Hanoverschen, 14. Mai. Man fragt sich vielfach, ob und welche Wirkung die letzte Proclamation vom 3. Mai und der darin gezeigte Schein von Nachgiebigkeit auf die Meinung im Land und auf das noch immer zweifelhafte Zusammenkommen der berufenen Ständeversammlung haben werde. Wir glauben gar keine, wenn nicht selbst eine ungünstige. Unsere Gründe sind sehr einfacher Art. Was ist denn eigentlich versprochen oder in Aussicht gestellt? Nichts mehr und nichts weniger als was sich ohnehin ganz von selbst versteht, daß man einen Antrag der Stände auf Ergänzung und Ausführung des Patentens von 1819 anzuhören und zu berücksichtigen geneigt sein will. Das Recht der Stände zu Anträgen und Wünschen ist unbeschränkt. So wie es dazu nicht erst einer vorhergehenden Erlaubniß bedarf, so liegt es auch schon in den natürlichen Pflichten der Regierung, jeden ständischen Antrag in Erwägung zu ziehen und den Umständen nach zu berücksichtigen. In diesem Falle wird aber das geneigte Gehör noch näher bedingt durch Bethätigung eines besonders ernstern Willens von Seiten der Stände und durch eine Verbürgung einer „besonnenen und ordnungsmäßigen Berathung!“ Wie mystisch, wie vieldeutig ist diese Bedingung, und welche bereitete Handhabe liegt darin, um jede freie Bewegung zu hindern, um die Berathung in jedem Augenblick abzubrechen. Sollten die Worte Bedeutung und Werth haben, so mußte man bestimmter mit seinen Absichten hervortreten, Zugeständnisse in den Sachen hoffen lassen, allerwenigstens den Standpunkt eines Vergleichsverfahrens annehmen, wobei dem andern Theile für vermeintlich verlorene Rechte billige Rechnung zu tragen sei. Statt dessen nimmt hier Alles den Charakter einer bloßen Gnadensache an. Von einem Surrogate des Staatsgrundgesetzes ist gar nicht mehr die Rede. Und doch wie ganz anders, wie viel günstiger haben sich seitdem die Verhältnisse der Vertheidiger des Staatsgrundgesetzes gestaltet. Was vor einem Jahre verschmäht werden mußte, stellt sich als ganz und gar ungenügend dar. Wenn aber auch mehr und Besseres geboten wäre, so kann doch nimmer mit einer so ungeseglichen, mit einer aus so vereinzelt Atomen der Wahlcorporationen zusammengebrachten Ständeversammlung etwas Rechtsbeständiges und Festes, Zweckmäßiges und Gutes geschaffen werden. Jeder Vergleich unter den jetzigen Umständen enthält das offene Anerkenntniß, daß der ganze Verfassungs- und Rechtszustand von dem Willen des jedesmaligen Herrschers abhängt. Erst muß man, wenn man nicht Danaidenarbeit und Qual übernehmen will, wissen, von dem Bundestage wissen, welche Verfassung im Lande gilt und unter welchen Formen man Verfassungen dauernd zu ändern hat. Doch nur Muth! Nach dem, was in der badischen Kammer öffentlich vorgekommen ist, nach dem, was selbst der in seinen monarchischen Grundsätzen so strenge Maurenbrecher über das Verfahren der hanoverschen Regierung geurtheilt hat, nach dem, was von den Berathungen und Beschlüssen des hohen Richterstabes des deutschen Bundes zu hoffen ist, müssen wir hoffen und vertrauen. Wir können auch nicht glauben, daß selbst die Wahlmänner der bremischen Geest, Dr. Lang jun. u., in jenem unbestimmten verschwimmenden Tone der Proclamation einen befriedigenden Wiederhall ihrer Vermittelungsphantasien finden werden; denn gewiß erwarteten auch sie bindendere Propositionen, neue allgemeine

Wahlen  
rung ist  
ben die  
Wahlm  
Benehm  
das Ma  
Sträub  
teristis  
Danebe  
gehörig  
wenn di  
bezweifel  
und Unk  
Maschin  
die Han  
möge, v  
scherzhaft  
Von sol  
Lagen n  
in der L  
Artikel:  
Staatsgr  
Ministere  
seiner ber  
Nachfolge  
früher  
ten ein  
nicht dur  
sen, auch  
kommen  
solchen W  
jenes Kar  
sogleich v  
sen und k  
zu finden  
daß näm  
Einwillig  
verpflicht  
der ihm  
nommen  
damit üb  
des Reichs  
bedarf hier  
unsern Fa  
will, lese d  
grundges  
† Han  
Cabinet  
genwart d  
unterstütz  
mentlich d  
(Nr. 134)  
Grund, v  
\* Alter  
Angelegen  
stand des  
selbe dem  
darum noch  
Rheinwald  
kirchliche  
sie wird sic  
empfehlen,  
nen: „Ge  
den werde  
Kirchenzeit  
nimmermehr  
Heile begier  
sen Sendsch  
Lebens“ ent  
tes die „Un  
len heimlich  
gerechten G  
sen Behaup  
dadurch jed

Wahlen u. dgl. m. In Wahrheit, der Rückschritt von ihrer Erklärung ist ihnen nicht schwer gemacht. Eine sehr praktische Antwort haben die Grundbesitzer des Fürstenthums Kalenberg gegeben, indem die Wahlmänner der sämtlichen 16 Ämter, längst unzufrieden mit dem Benehmen ihres mit dem Cabinet stimmenden Deputirten, ihm jetzt das Mandat gekündigt haben (Nr. 136), worauf dieser nach einigem Sträuben seine Resignation eingereicht hat. Gewiß ein höchst charakteristischer Zug von dem wahren Stande der Ansichten im Lande. Daneben aber, welche neue Gefahr für das Zusammenkommen der gehörigen Zahl von Mitgliedern der zweiten Kammer, besonders wenn dieses Beispiel Nachahmung finden sollte, wie dies kaum zu bezweifeln ist! Man wird freilich auch hier wieder von Aufhebung und Unkunde der kalenbergischen Wahlmänner reden und diese zu Maschinen einer unsichtbaren geheimnißvollen „gewissen Partei“ (wie die Hanoversche Zeitung sagt, die doch auch endlich einmal sagen möge, was sie unter der „gewissen Partei“ versteht; wie man hier scherzhaft meint, wol diejenige, die ein Gewissen hat) machen wollen. Von solchen gewaltsamen Unterstellungen haben wir noch in diesen Tagen wieder ein Cabinetstück im Hamburger Correspondenten und in der Leipziger Allgemeinen Zeitung (Nr. 130) gehabt, wo in einem Artikel: Von der Elbe, wo den drei Facultätsgutachten und dem Staatsgrundgesetz eine ihrer Hauptstützen, nämlich die Autorität des Ministers v. Kampff, ganz und gar entzogen werden soll. Ihm und seiner berühmten Schrift: „Über die Verbindlichkeit des Regierungsnachfolgers“ wird geradezu der Satz untergelegt, daß nach dem frühern Reichs- und Territorial-Staatsrecht ohne Consens der Aghaten ein Regent die Verfassung des Landes auf keine Weise, besonders nicht durch Verträge mit den Landständen, abzuändern befugt gewesen, auch während der Dauer des Reichs kein derartiger Fall vorgekommen sei!! Der Verfasser jenes Artikels glaubte es mit einer solchen Behauptung wagen zu können, da ihm bekannt war, daß jenes Kampff'sche Buch in sehr weniger Leute Händen ist und nicht sogleich verglichen werden kann. Wir haben es aber sorgfältig gelesen und können gewissenhaft versichern, daß jener Satz nirgend darin zu finden ist, wohl aber jede Seite vom geraden Gegentheil zeugt, daß nämlich der Regierungsnachfolger ohne alle Rücksicht auf seine Einwilligung zur Anerkennung aller Handlungen seines Vorgängers verpflichtet ist, die dieser vermöge der Landeshoheit und innerhalb der ihm durch Landesrecht und Verfassung gesetzten Grenzen vorgenommen hat, und daß Herkommen und Praxis der Reichsgerichte damit übereinstimmen. Wie sehr aber jene Grenzen seit Aufhebung des Reichsverbandes und nach dem Bundesrechte sich erweitert haben, bedarf hier keiner Ausführung. Wer die Anwendung der Frage auf unsern Fall in allen seinen Beziehungen sich näher vergegenwärtigen will, lese die von Dahlmann herausgegebene Vertheidigung des Staatsgrundgesetzes, S. 1—58.

† **Hanover**, 13. Mai. Der Legationsrath v. Schele, Sohn des Cabinetministers, ist nach Frankfurt abgereist, um durch seine Gegenwart die Bemühungen des hanoverschen Bundestagsgesandten zu unterstützen. Er soll unter den mitgenommenen Papieren auch namentlich die bekannte bremervörder Erklärung vom 27. April haben (Nr. 134), von der man sich am Bundestage, wiewol schwerlich mit Grund, viel Eindruck zu versprechen scheint.

\* **Altenburg**, 15. Mai. Noch immer ist die Schuderoff'sche Angelegenheit, deren auch in diesen Blättern gedacht wurde, Gegenstand des Gesprächs in größern wie in kleinern Kreisen, obschon dieselbe dem Vernehmen nach noch nicht weiter vorgerückt ist und eben darum noch nicht genau beurtheilt werden kann. Dagegen fährt die Rheinwald'sche berliner Kirchenzeitung fort, über Altenburgs neueste kirchliche Angelegenheit ihre jugendlichen Bemerkungen zu machen; sie wird sich indeß dadurch in keiner Weise dem größern Publicum empfehlen, vielmehr hier und da an das alte bekannte Wort erinnern: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden werde ich schon fertig werden.“ Denn wenn in Nr. 31 dieser Kirchenzeitung gesagt ist: „Schuderoff vor Allen möge nie und nimmermehr im Stande gewesen sein, eine nach dem christlichen Heile begierige Seele zu stärken und zu erbauen“, wenn der in des sen Sendschreiben herrschende Ton als der „niedersten (!) Sphäre des Lebens“ entnommen bezeichnet wird, wenn die Segner jenes Rescriptes die „Unverbesserlichen“ genannt werden, welche, „nebst ihren vielen heimlichen und offenkundigen Brüdern der Nachbarländer dem gerechten Gericht anheim gefallen sein“ sollen, so liegt in allen diesen Behauptungen so viel Übertreibung und so viel Intoleranz, daß dadurch jede besonnene Erwägung dieser Angelegenheit, ebenso wie

jeder wohlgemeinte Versuch, zur Sühne zu reden, unmöglich gemacht wird. Übrigens können wir den Herrn Correspondenten versichern, daß seine erste, auch in diesen Blättern (Nr. 23) mitgetheilte Notiz an der allgemeinen Aufregung hauptsächlich mit schuld war; denn mag er immerhin eben jene frühern Bemerkungen nur als einen „kurzen und verständlichen Commentar dessen, was das Consistorialrescript aus guter Absicht schonender gesagt habe“, zu betrachten geneigt sein: so viel steht fest, daß dem urtheilsfähigen Publicum das Original doch wol lieber war als der Commentar. Den neulich in diesen Blättern ausgesprochenen Wunsch, diese kirchliche Spannung bald gelöst zu sehen, theilen wir vollkommen; können aber freilich in dergleichen Raisonnements jener Kirchenzeitung leider keinen Keim des Friedens finden.

#### K r a k a u.

Berlin, 6. Mai. Es ist hier die Nachricht eingelaufen, daß der seitherige Präsident des Senats der freien Stadt Krakau in Folge eines Beschlusses der drei Schugmächte seines Amtes entsetzt werden soll. Noch ist sein Nachfolger unbekannt, doch wird derselbe wol ohne Verzug gewählt werden. (Allg. Btg.)

#### S t r e i c h.

Aus Ungarn, 4. Mai. Um die Unzufriedenheit und das öffentliche Misfallen über den Geist der Intoleranz, der sich neulich in den Hirtenbriefen einiger ungarischen Bischöfe ausspricht, zu beschwichtigen, ist, wie wir aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren, von Seiten der höchsten Staatsbehörde an alle Bischöfe des Königreichs Ungarn die bestimmte Weisung ergangen, daß sie, da die Regierung nicht gesonnen sei, die gegenwärtig in Kraft bestehenden Gesetze in Bezug auf kirchliche Angelegenheiten zu ändern, sich diesen vollkommen unterwerfen müssen. Es scheint, daß das neueste Publicandum des päpstlichen Stuhles, welches Grundsätze enthält, die ebenso wenig katholischen als protestantischen Regierungen gefallen können, nicht ohne Einfluß auf die bestimmte Sprache der k. k. Regierung geblieben ist. (Schl. Btg.)

#### S c h w e i z.

\* **Von der Thur**, 10. Mai. Nach langer Zeit wird auch die von den Einen fast vergessene, von den Andern als reine Unmöglichkeit beseitigt geglaubte zürich-baseler Eisenbahn wieder zur Sprache gebracht, wozu die am 5. Mai zu Baden im Aargau statt gefundene Sitzung des Ausschusses die nächste Veranlassung gab. Aus den hier vorgelegten Ergebnissen der unterdessen angestellten genauen Untersuchungen entnimmt man Folgendes: Erstens darf lediglich die Strecke von Zürich nach Baden (ungefähr vier Stunden) als genau durchforscht und ermittelt angesehen werden. Die für den Bau der bezeichneten Strecke nothwendigen Kosten werden auf 2 Mill. franz. Fr. angeschlagen; den muthmaßlichen Ertrag schätzt man auf 8 Procent. Für die bei weitem bedeutendere Strecke von Baden nach Basel sind die Ergebnisse noch keineswegs in ähnlicher Weise festgestellt, doch sollen die Untersuchungen, soweit sie im Verlaufe des vergangenen Winters angestellt werden konnten, auf einen günstigen Erfolg hindeuten. Den Kostenbetrag nimmt man zu 11 Mill. franz. Fr. an, den muthmaßlichen Ertrag zu 12 Procent. Vorläufig ist von der Direction das Gesuch um die Concessionen an die Regierung von Zürich gestellt worden, und der Regierungsrath hat demselben bereits entsprochen. Sobald nun der Antrag dieses letztern von dem großen Rathe bestätigt sein wird, mag es sich zeigen, inwieweit das von Zürich gegebene Beispiel auf die andern bei der Sache beteiligten Cantone Einfluß haben wird. Vorläufig ist die statutenmäßige Generalversammlung der Gesellschaft auf den 8. Jul. festgesetzt und soll zu Basel statt finden. — Sehr eigenthümlich und bezeichnend sind unter den gegenwärtigen Zeitumständen die schwierigen Wendepunkte, auf denen sich die Finanzen einzelner und darunter grade der wichtigsten und größten Cantone der Schweiz befinden. Außer der durch die übermäßigen Bauten herbeigeführten Geldklemme der züricher Staatskasse, welche auf das künftige Schicksal der Hochschule einen sehr bestimmten Einfluß äußern wird, erwähnen wir zunächst des Cantons Bern, der bei einem verhältnismäßig sehr starken Staatsvermögen gleichwol einen Rückschlag von 200,000 Fr. aufzuweisen hat. Ähnliches findet auch in dem Canton Waadt statt. Die Staatsrechnung dieses Cantons für 1838 zeigt eine Einnahme von 1,496,139 Fr. 38 Rp., eine Ausgabe von 1,826,620 Fr. 96 Rp., somit eine Mehrausgabe von 330,481 Fr. 58 Rp. — In Obwalden hat die am 28. April abgehaltene Landsgemeinde einige, wenn auch vorübergehende, stürmische Austritte ver-

anlaßt. Ein Vorschlag des Landsgemeinberaths nämlich, wonach der Weinverkauf nur den Wirthen überlassen werden sollte, wurde mit Unwillen zurückgewiesen und verworfen. Als hierauf noch einige andere der Menge mißbeliebige Anträge folgten, erhob sich ein Landmann und sprach ungefähr folgenden Sinnes: Man nenne sie stets freie Landleute, doch machten die Obern was ihnen beliebt, ohne sich um Ansichten und Meinungen des Volkes nur im mindesten zu kümmern. Diese mit Heftigkeit gesprochenen Worte führten zu einem Tumulte, der zwar nach vieler Mühe wieder beschwichtigt wurde, indessen doch zur Folge hatte, daß die Versammlung am Ende sich auflöste, ohne die Verhandlungen weiter fortsetzen zu können. Dieses Ereigniß ist an und für sich in rein demokratischen Ländern nichts Seltenes und Unerhörtes; doch ist es grade für Obwalden von Bedeutung, weil hier weniger als irgendwo in der Schweiz das gute Vernehmen zwischen den regierenden Geschlechtern und den Landleuten gestört worden ist. Es läßt sich auf den großen Kampf der materiellen Interessen zurückführen, der in unsern Tagen alle, auch die kleinsten Verhältnisse der Staaten durchdringen zu wollen scheint.

**Rußland und Polen.**

**Petersburg, 4. Mai.** Ein höchster Ukas vom 7. April mildert allergnädigst das Urtheil der zu Zwangsarbeiten condemnirten Staatsverräther Andreas Büstrizky, Alexander Kutschewsky, Benjamin Solowjew und Alexander Mosalewsky dahin, daß sie zur Ansiedelung nach Sibirien verwendet werden. Erstere Beide unterliegen sogleich dieser neuen Bestimmung, letztere Beide erst nach Ablauf eines Jahres. (H. C.)

**Odessa, 3. Mai.** Das unter dem Befehle des Contreadmirals Artukoff stehende Geschwader, welches am 27. April neuerdings aus Sebastopol hier eingelaufen war, ist gestern Nacht mit dem Reste der Truppen, welche zu den dortigen Arbeiten bestimmt sind, von hier abgesehelt. — Von den Sulnamündungen wird gemeldet, daß beim Aufgehen des Eises auf der Donau am 22. März das Wasser übergetreten ist und einen großen Theil der niedrig gelegenen Inseln, namentlich Tschetal, Leti, Georgiewsky, überschwemmt und die Grenzwehen unter Wasser gesetzt hat. Auch in der Quarantaine von Sulina, welche höher als die Umgegend liegt, ist die Flut der Donau, welche bisher vom Ostwinde zurückgehalten war, bedeutend gestiegen und hat den Quarantainegebäuden und den Stationen des Grenzcordons großen Schaden zugefügt. (Pr. St. Btg.)

**Griechenland.**

**Athen, 27. April.** Am 16. April wollten mehre Professoren, Studierende, Kaufleute und Advocaten das Revolutionsfest durch ein Todtenamt nachträglich feiern, wozu ihnen der Bischof die Erlaubniß gab und durch seine Person die Feier selbst zu verherrlichen versprach. Einige Gesandte, Beamte aller Art und viele andere Personen erhielten Einladungskarten zu dieser Feier, fanden jedoch an dem dazu bestimmten Morgen die Thüren der betreffenden Kirche vom Gouvernement verschlossen, indem alle diese Vorbereitungen zu einer Wiederholung des schon am 8. April durch den König selbst begangenen Festes getroffen worden waren, ohne das Gouvernement davon in Kenntniß zu setzen. Die Abendblätter desselben Tages fielen ungemessen über diese Verhinderung der heiligen Handlung her. Anstatt in der Kirche, versammelten sich nun noch an demselben Abend die obenerwähnten Veranlasser des beabsichtigten Festes in einem öffentlichen Gasthaus und ließen die Todten bei Punsch und Champagner leben. Eine Masse Volks sammelte sich vor dem Gasthaus, in welchem laute Musik den Lärm der fröhlichen Becher begleitete. Die verdoppelten Patrouillen fanden jedoch keinerlei Veranlassung zu Verhaftungen oder sonstigen Einschreitungen. — Am 21. April Mittags 1 Uhr signalisirte der Telegraph im Piräus die Annäherung des von Messina kommenden griechischen Dampfschiffes Otto. Die Nachricht wurde durch den Gouverneur sogleich nach Hofe gebracht, und der König, welcher eben im Ministerrathe saß, hob denselben augenblicklich mit der Bemerkung auf: „Meine Herren, es ist eine freudige Veranlassung, welche die Unterbrechung herbeiführt. Mein Bruder ist angekommen!“ Die ganze Stadt war schnell in Bewegung. Die beiden Majestäten, das diplomatische Corps, der Gouverneur und viele andere hohe Beamte fuhrten unverzüglich nach dem Piräus; das Militär rückte aus, das Volk drängte sich in den Hauptstraßen, die Damen eilten auf die Balcone. Erst im Piräus bemerkte man die Voreiligkeit des Marineoffiziers, welcher bei Ansicht des Dampfschiffes die Ankunft des Kronprinzen signalisiren ließ, aber in seinem Dienstifer übersehen hatte, daß die Flagge nicht auf-

gehißt war, durch welche man ein am Bord sich befindendes hohes Haupt bezeichnet. Der Capitain des Dampfschiffes, der königliche Adjutant Sachinis, übergab Sr. Majestät ein Schreiben des königlichen Bruders, das die Gründe, welche für diesmal die Reise verhindern, anzeigte. Man tröstet sich nun, daß uns der Besuch des Kronprinzen künftigen Herbst werde. — Auffallend viele deutsche Handwerker verlassen dieses Frühjahr den griechischen Staat, und man darf sagen, daß grade diese Klasse die einzigen Deutschen sind, welche die Griechen nicht gern ziehen sehen. — Am 21. April starb hier an einem wiederholten Nervenschlage Dr. v. Kleinmeyer, Secretair bei der österreichischen Gesandtschaft. Das sämmtliche hier anwesende diplomatische Corps begleitete den Leichenzug dieses innig bewehrten jungen Mannes. — Das früher verbreitete Gerücht, welches von einem längern Urlaubsantritte des Kriegsministers sprach, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. General Schmalz wußte sich die allgemeine Achtung während seines Wirkens in Griechenland in hohem Grade zu gewinnen, und dessen Abwesenheit dürfte, selbst wenn sie bloß eine vorübergehende wäre, sehr fühlbar sein. — Von Rußegger sind die ersten Berichte über seine mineralogischen Untersuchungen auf Cudba eingelaufen. (Allg. Btg.)

**Zürfei.**

Die Times enthält in einem Schreiben aus Konstantinopel vom 17. April folgende Nachrichten: „Vier von zehn in England für Rechnung Rußlands aufgekauften Transportfahrzeugen trafen vorige Woche hier ein und sind seitdem nach Sebastopol abgegangen. Die sechs Dampfboote, welche für den russischen Kaiser in England bestellt wurden, sollen im Laufe künftigen Sommers in Sebastopol abgeliefert werden. Nach den letzten Nachrichten aus Odessa war die russische Flotte im schwarzen Meere bereit, und frische Truppen waren nach Kertsch und dem obenerwähnten Hafen gesendet worden. Die von Seiten der Pforte und des Sultans fortwährend statt findenden Rüstungen sind so wenig in Übereinstimmung mit ihrer offen erklärten Absicht, den Frieden aufrecht zu erhalten, daß Jedermann hier den Krieg als unausweichbar betrachtet und jeden Augenblick die Nachricht vom Ausbruche der Feindseligkeiten zu empfangen glaubt. Das zu Angora zusammengezogene Truppencorps hat in voriger Woche Befehl erhalten, nach Iconia zu marschiren.“

**Leipziger Börse vom 17. Mai 1839.**

Course	Ange-	Ge-	Staatspapiere,	Ange-	Ge-
in Königl. Sächs. Wechselzahlung.	boten.	sucht.	exclus. Zinsen.	boten.	sucht.
Amsterdam k. S.	138 3/4	—	K. Sächs. Steuer-Cr.	—	—
pr. 250 Ct. fl. 2 Mt.	—	—	Kassen-Scheine	—	—
Augsburg pr. k. S.	—	100 1/4	à 3% v. 1000 u. 500 fl.	—	100 1/4
150 Ct. fl. 2 Mt.	—	—	kleinere ...	—	101 1/2
Bremen p. 100 k. S.	109 1/2	—	d. d. Kamm.-Cred.	—	—
fl. Lsd. à 5 fl. 2 Mt.	—	109 1/4	Kassen-Scheine	—	—
Frankfurt a. M. k. S.	100 1/2	—	à 3% von 1000 „	—	—
pr. 100 fl. WG. 2 Mt.	—	—	d. d. d. à 2% von	—	—
Hamburg pr. k. S.	147 1/4	—	500, 200 u. 50 „	—	—
300 Mk. Bco. 2 Mt.	147	—	d. d. Landrentenbr.	—	—
London pr. 2 Mt.	6. 14 1/4	—	à 3% v. 1000 u. 500 „	—	101
1 £ St. 3 Mt.	6. 13 1/4	—	kleinere ...	—	101 1/2
Paris pr. 300 k. S.	78 3/4	—	K. Preuss. Steuer-Cr.	—	—
Frcs. 2 Mt.	78 3/4	—	Kassen-Scheine	—	—
3 Mt.	78	—	à 3% v. 1000 u. 500 „	—	97 1/2
Wien pr. 150 k. S.	—	100 1/4	kleinere ...	—	—
fl. Conv. 20kr. 2 Mt.	—	—	d. d. Kamm.-Cred.	—	—
3 Mt.	—	99 1/2	Kassen-Scheine	—	—
Berlin pr. 100 fl. k. S.	—	102 1/2	à 2% v. L. A. 1000 „	—	—
WZ. in Pr. Ct. 2 Mt.	—	—	à 3% L. B. D. 500 u. 50 „	—	—
Bresl. pr. 100 fl. k. S.	—	102 1/2	Leipziger Stadt-Anl.	—	—
WZ. in Pr. Ct. 2 Mt.	—	103 1/2	à 3% v. 1000 u. 500 „	—	100 1/4
Louisd'or à 5 fl. auf 100	—	10	kleinere ...	—	101 1/2
Holl. Duk. à 2 1/4 „ d. d.	—	13 1/4	Act. d. W. B. in fl.	—	1525
Kaiserl. d. d. „ d. d.	—	13 1/4	K. K. Östr. Mstall.	—	—
Bresl. d. d. 65 1/2 As d. d.	—	13	à 5% pr. 150 fl. Conv.	—	107 1/2
Passir d. d. 65 As d. d.	—	12 1/2	d. d. à 4% d. d.	—	101 1/2
Conv.-Sp. u. Gld. d. d.	—	3/8	d. d. à 3% d. d.	—	81 1/2
Kön. u. Kurf. S. 1/2 d. d.	—	—	K. Pr. St.-Schuldsch.	—	—
Conv. 10 u. 20kr. d. d.	—	3/8	pr. 100 fl. Pr. Crt.	—	103 1/2
Pr. Cour. b. Wechsel geg. and. Geldsort.	—	102 1/2	Lpz. Bank-A. e. Z. P. C.	107	—
Gold pr. Mk. fein Köln.	—	—	Lpz.-Dresd. Eisenb.-	—	—
Silber pr. d. d.	—	—	A. excl. Z. in Pr. Crt.	—	87
			Magdeb.-Leipz. d. d.	—	85

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.  
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

zuhalte  
Zeitalt  
mende  
führte  
in dem  
Leipzig  
digen  
helden  
Heim  
lichen  
aufgefo  
artig a  
gefamm  
seinem  
dem G  
sen mü  
Freude  
Bärn  
Wilh  
Juliu  
Dr. B  
Budd  
Dr. J  
Dr. W  
Dr. D  
Dr. v.  
M. Fr  
Fried  
C. G  
W. S  
Dr. G  
sich der  
alsbald  
ten Sur  
figen M  
[1288]  
Von  
rigen Cu  
der gedac  
Dies  
Schnee  
bekannt  
terwegs  
Das  
30 Pfund  
Das  
Weg  
gend emp  
unterragt  
Das  
senden sel  
Donner  
Leip

# A n k ü n d i g u n g e n .

## A u f r u f .

Um die Erinnerung an hochwichtige, auf das Wohl ganzer Völkerschaften vorzüglich einflussreiche, Begebenheiten festzuhalten und sie dankbaren Sinnes der Nachwelt zu überliefern, verlangt unser gegenwärtiges, rasch vorwärts schreitendes Zeitalter, gewiß nicht mit Unrecht, dem Auge Aller sich darstellende Zeichen, damit das im Strome des Lebens oft verschwimmende Bild immer wieder hervorgerufen und aufgefrischt werde durch etwas Feststehendes und Bleibendes. Dieser Gedanke führte bei dem dreihundertjährigen Jubelfeste der Reformation in Leipzig die Unterzeichneten zusammen. Sie vereinigten sich in dem Wunsche, es möge ihnen, durch zahlreiche und kräftige Unterstützung echt protestantisch gesinnter Christen, gelingen, in Leipzig selbst ein plastisches Denkmal jener unvergesslichen Zeit zu errichten. In einem erhabenen und des Gegenstandes würdigen Style auf einem freien Platze aufgeführt, verkünde es der Mit- und Nachwelt die hohen Verdienste der Reformationshelden und ihrer Beschützer! (Wer gedächte nicht mit Dank und Begeisterung eines Kurfürsten Johann Friedrich, Herzogs Heinrich des Frommen, Luther, Melancthon, Jonas, Cruciger, Myconius, Pseffinger, die jenen unvergesslichen Tag durch ihre Gegenwart verherrlichten!)

Ausgezeichnete bildende Künstler Deutschlands sollen des nächsten zur Eingabe passender Pläne, Zeichnungen und Anschläge aufgefordert werden. Die Unterzeichneten haben es sich nicht verhehlt, daß ein solches Monument, wenn es nur irgend großartig ausgeführt werden soll, keine geringen Kosten in Anspruch nehmen wird. Aber der echt protestantische Geist, der das gesammte sächsische Vaterland und namentlich Leipzig durchdringt, der die Quelle der Begeisterung ist, mit welchem Leipzig seinem **Chrentage** entgegenharret, wird fördernd dem Werke zur Seite stehen, und wer ihn kennt, diesen Geist, kann an dem Erfolge nicht zweifeln.

Wohlan denn! Wer sich durchdrungen fühlt von dem unschätzbaren Werthe der durch Luther und seine wackern Zeitgenossen mühsam errungenen Glaubensfreiheit, der wirke nach seiner Kraft für dieses Unternehmen zur Ehre der Mitwelt und zur Freude kommender Geschlechter!

Leipzig, den 13. Mai 1839.

**Bärwinkel**, Apotheker.

**Wilh. Umbr. Barth**, Buchhändler.

**Julius W. Baumgärtner**, Stadtverordneter u. Verlagsbuchhändler.

**Dr. Beck**, Appellationsgerichts-Präsident.

**Buddeus**, d. 3. Vorsteher der hiesigen Stadtverordneten.

**Dr. J. C. A. Clarus**, Königl. sächs. Hof- u. Medicinalrath.

**Dr. W. Crusius**, Rittergutsbesitzer.

**Dr. Deutrich**, Bürgermeister.

**Dr. v. Falkenstein**, Kreisdir. u. Regierungs-Bevollmächt. bei der Univ. Leipzig.

**M. Fischer**, Archidiaconus.

**Friedr. Fleischer**, Stadtrath.

**C. G. Frege**, Kammerath.

**W. Fr. Goetz**, Ober-Zoll-Inspector.

**Dr. Großmann**, Superintendent.

**Gustav Harfort**, Kaufmann.

**Dr. Haase**, Appellationsrath.

**v. Heinz**, Major.

**v. Hüttner**.

**Gust. Ed. Kellner**, Stadtverordneter und Perückenmacher.

**Kunad**, Kreisamtmann.

**J. B. Limburger**, Kaufmann.

**Dr. C. B. Meißner**, Kirchen- u. Schulrath.

**Dr. Meißner**, Arzt u. Geburtshelfer.

**Dr. Schreckenberger**, Appellationsgerichtsrath.

**Seyffert**, Stadtverordn. u. Bäcker-Obermstr.

**Dr. Weber**, d. 3. Rector.

**Dr. W. Wendler**, Prof. d. Staats-Arzneikunde u. Königl. Bezirks-Arzt.

**Otto Wigand**, Stadtverordn. u. Buchhändler.

**Wunderlich**, Oberältester der Seifensieder.

## N a c h s c h r i f t .

Jeder der vorstehend Unterzeichneten ist zur Annahme von Geldern bereit. Die Herren Hausbesitzer Leipzigs aber werden ersucht, sich der Unterzeichnung und Einkassirung von solchen Beiträgen bei ihren Miethbewohnern gefälligst zu unterziehen. Der Comités wird alsbald nach dem Feste die Subscriptionlisten und hierauf, nach deren Einsicht, gegen Quittung, die von den Hausbesitzern einkassirten Summen abholen lassen. Diese letztern sollen, so wie sie eingehen, zur Aufbewahrung und einstweiligen Verwaltung an den hiesigen Magistrat abgeliefert werden, der sich dazu bereitwillig erklärt hat. [1275—77]

[1288]

## B e k a n n t m a c h u n g .

Vom 1. Juni d. J. an wird die zwischen **Zwickau** und **Schneeberg** wöchentlich dreimal gehende **Eilpost** auf die Dauer der diesjährigen Curzeit, bis zum 15. September d. J., in derselben Weise wie im vorigen Jahre bis **Karlsbad** ausgedehnt werden, dergestalt, daß in der gedachten Zeit ein **Eilwagen**

**Sonntags** und **Mittwochs** früh 9 Uhr und **Sonnabends** früh 7 Uhr aus **Karlsbad**, über Neudeck, Wildenthal, Eibenstock und Schneeberg nach **Zwickau** abgehen und daselbst Abends 8 1/2 Uhr ankommen,

**Montags**, **Donnerstags** und **Sonnabends** früh gegen 8 Uhr aber aus **Zwickau**, auf dem nämlichen Wege, nach **Karlsbad** abgehen und daselbst Nachmittags 3 bis 4 Uhr ankommen wird.

Diese **Zwickau-Karlsbader Eilpost** wird mit den Eilposten zwischen **Zwickau** und **Leipzig** und **Zwickau** und **Hof**, sowie zwischen **Schneeberg** und **Dresden** über **Stollberg** und **Chemnitz**, deren letzterer Einrichtung in der Leipziger Zeitung vom 30. April d. J. Nr. 103 bekannt gemacht worden ist, in unmittelbarer Verbindung stehen. In derselben findet sowohl in **Karlsbad** und **Zwickau**, als auf den Unterwegs-Stationen, eine unbedingte Annahme der Reisenden statt.

Das Personengeld beträgt, einschließlich des Postillons-Trinkgeldes, Königlich Sächsischer Seits, acht Groschen auf die Meile, wofür 30 Pfund Reisegepäck frei passiren, K. K. Österreichischer Seits 24 Kreuzer auf die Meile, wofür 40 Pfund Reisegepäck frei passiren.

Das ganze Personengeld von **Dresden** bis **Karlsbad** beträgt daher 6 Thaler 14 Groschen, und von **Leipzig** bis **Karlsbad** 6 Thaler 4 Groschen.

Wegen der Grenz-Nauth-Verhältnisse muß den Reisenden, zur Vermeidung größern Aufenthalts und unangenehmer Weiterungen, dringend empfohlen werden, keine manöhrbaren, noch weniger aber solche Gegenstände, deren Eingang in die K. K. Österreichischen Staaten gänzlich untersagt ist, als Reisegepäck bei sich zu führen.

Das **schwere** Reisegepäck ist, gehörig signirt und mit dem Beisage „**Passagiergut zur Eilpost**“ versehen, von einer an den Reisenden selbst gerichteten, besondern Adresse, sowie von **doppelten** Werthes- und Inhalts-Declarationen begleitet, mittels der **Dienstags**, **Donnerstags** und **Sonnabends** aus **Dresden** und **Leipzig** abgehenden Diligencen über **Wildenthal** voraus- oder nachzusenden.

Leipzig, den 8. Mai 1839.

Königlich Sächsisches Ober-Postamt.  
von Hüttner.

## B e k a n n t m a c h u n g.

In Übereinstimmung mit der Königlich Preussischen Ober-Postbehörde wird, vom 15. d. M. an, zwischen **Zorgau** und dem Anhaltspunkte **Luppa-Dahlen** an der Leipzig-Dresdner Eisenbahn, eine tägliche Personenpost, zum Anschluß an die **Dampfwagenfahrten** von und nach **Dresden** und **Leipzig**, in Gang gesetzt werden, welche  
 von **Zorgau** täglich Vormittags 11 Uhr,  
 von **Luppa-Dahlen** täglich Vormittags 9 Uhr bis 9 1/2 Uhr, nach Ankunft der Dampfwagenzüge von Leipzig und Dresden, abgefertigt werden wird.

Die mit den Dampfwagenzügen in Luppa-Dahlen ankommenden Personen, welche nach Zorgau weiter reisen wollen, können in Luppa-Dahlen selbst zu dieser Personenpost eingeschrieben werden.

Das Personengeld beträgt für einen Platz im Hauptwagen vier Groschen, für einen Platz in einer mitzugebenden Reichhaise sechs Groschen auf die Meile, wofür 30 Pfund Reisegepäck frei passiren.

Mit dieser Personenpost werden auch Briefe, Gelder und Packereien bis zu 30 Pfund Gewicht, nach Zorgau, Belgern, Dommitzsch, Pirsch, Mühlberg, Koswig und Wittenberg befördert.

In **Leipzig** findet die Aufgabe für die mit dieser Post nach **Zorgau** zu versendenden Briefe und Gegenstände, soweit solche nicht mit den Montags, Dienstags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends Abends 7 Uhr (Schlußzeit für Packete Abends 5 Uhr und für Briefe Abends 6 Uhr) abgehenden directen Posten befördert werden, täglich bis Abends 7 Uhr, in **Dresden** für die nach den vorgenannten Orten zu versendenden Briefe zc. ebenfalls täglich bis um 7 Uhr Abends statt.

Leipzig, den 13. Mai 1839.

Königlich Sächsisches Ober-Postamt.  
von Hüttner.

[1272] In der **Wagner'schen** Buchhandlung in **Bern** ist erschienen und zu haben bei **G. Wuttig** in **Leipzig**:

### Leiden und Freuden

eines

### Schulmeisters.

Zwei Bände. Preis 2 Thlr. = 3 Fl. 36 Kr.

Nicht nur gibt dieses herrliche Volksbuch eine genaue Darstellung des schweizerischen Schulwesens, es enthält auch in einer anziehend geschriebenen Geschichte die treue Schilderung des Charakters der Sitten und Gebräuche des Schweizer-Volkes, ein für Deutschland um so wichtigerer Umstand, als, so viel auch über die Schweiz geschrieben worden, das eigentliche Volksleben noch Niemand richtig aufgefaßt hat.

Ferner:

### Wie fünf Mädchen im Brantwein jämmerlich umkommen.

Eine merkwürdige Geschichte

von

### Jeremias Gotthelf.

Preis 6 Gr. = 24 Kr.

Anerkannt eine der besten Schriften gegen das Brantweinübel. In einer schauerhaften aber wahren Geschichte wird diese Pest in ihrer gräßlichsten Gestalt gezeigt, und überdies mancher nützliche Wink gegeben, wie derselben abzuwehren sei.

[183—87]

### A. Asher's Bücherverzeichniss No. 9. Istes Supplement.

Verlags- u. Commiss.-Artikel. Children's Books. Livres d'Education. Englische Taschenbücher. Classiques français. Baudry's Standard Authors etc. Pracht- und Kupferwerke. London und Berlin.	Altd. Lit. u. Seltenheiten. English Travels, Novels, Drama etc. Sprachkunde u. histor. Wörterbücher. Assortiment de livres français Spanische u. italien. Literatur
---	---

A. Asher.



[1286]

Die Dampfschiffe der Magdeburger Compagnie:

### Kronprinz von Preussen, Paul Friedrich,

fahren regelmässig mit Passagieren und Gütern  
 jeden **Sonntag** und **Donnerstag** Morgens 5 Uhr von **Magdeburg**,

jeden **Sonntag** und **Mittwoch** Morgens 5 Uhr von **Hamburg**  
 ab. Näheres

in **Leipzig** bei Herrn **F. Sernau**, Grimmische Gasse Nr. 758,  
 in **Magdeburg** im **Comptoir der Gesellschaft**, Holz-  
 hof Nr. 8.

## Anzeige.

Durch die neue Einrichtung der Wohnzimmer und des Speisesaals meines Gasthauses bin ich nunmehr gänzlich in den Stand gesetzt, mich allen Herrschaften und respectiven Reisenden angelegentlich zu empfehlen, und soll es jederzeit mein eifrigstes Bestreben sein, für beste und billigste Bewirthung Sorge zu tragen.

Leipzig, den 16. Mai 1839.

**H. Maescher**  
zur Stadt Wien.

[1283—84]

## Musik-Aufführung.

Am ersten Pfingsttage, den 19. Mai, wird in der Nicolaitirche, zur Feier des Reformationstages, eine große Vocal- und Instrumentalmusik, bestehend in

dem „*Te Deum laudamus*“ zum Reformationstages componirt vom Kapellmeister **Friedrich Schneider**,  
 einem Instrumentalsätze von **Mozart**,  
 dem Psalm mit dem „*Vater Unser*“ von **Klopstock**  
 und **Hänemann**

aufgeführt werden. Die hiesige Singakademie und mehrere andere geschätzte Künstler und Dilettanten haben sich nebst dem Thomanerchor zur gefälligen Mitwirkung bei dieser Aufführung, unter Leitung des Herrn Organisten und Musikdirectors **Pohst**, vereinigt.

Der Anfang der Aufführung ist Abends um 7 Uhr. Die beleuchtete Kirche wird um 5 1/2 Uhr geöffnet, vor welcher Zeit kein Einlaß stattfinden kann.

Billets sind in den Musikhandlungen der Herren **Wilhelm Gärtel** und **Friedrich Rißner**, sowie am Abende der Aufführung auf dem Eingangsplatze vor der Nicolaitirche zu haben. Der Preis eines Eintrittsbillets für das Schiff der Kirche und die Kapellen ist 12 Groschen, für die Emporkirche 8 Groschen und für den Text 1 Groschen.

Der Betrag der Einnahme ist zu Begründung eines Fonds für einen auf die Reformation sich beziehenden Zweck bestimmt. Es läßt sich daher schon in dieser Hinsicht eine zahlreiche Theilnahme vertrauensvoll erhoffen.

Leipzig.

[1285]

Der Festcomité.

## Todesanzeige.

Das am 12. dieses Monats in Hamburg erfolgte Dahinscheiden unsers geliebten Sohnes und Bruders, **George Sargreaves**, im noch nicht vollendeten 31. Lebensjahre, zeigen wir, von tiefem Schmerz gebeugt, hiermit an.

[1289]

Die Hinterbliebenen.

(Mit einer Beilage.)



## Pietistenwesen in Berlin.

Es ist eine natürliche und eben deshalb wohlthätige Folge einer jeden historischen Bewegung, daß die Sinne des Volkes, welches von einer solchen ergriffen wird, sich schärfen, daß ihm die Augen aufgehen über die ihm zunächst liegenden Verhältnisse, und daß es allmählig zur Erkenntniß über die Elemente gelangt, welche sein ganzes Dasein und seine Zukunft begründen. So sind es denn die kirchlichen Zustände, welche seit den Umtrieben der hierarchischen Partei in Köln die Aufmerksamkeit der Hauptstadt Preußens in höherm Grad als je erregen, und es sind die wichtigsten, zukunftsollsten staatsrechtlichen Gedanken, welche sich hieran knüpfen. Man gewahrt immer mehr und mehr, daß jene Bewegung in der Rheinprovinz, wie jedes wichtigere historische Factum, nicht isolirt dasteht, daß sie nicht zufällig, sondern aus historischer Nothwendigkeit entstanden ist, und daß dieses verunglückte Webermeisterstück des Jesuitismus in der Hauptstadt seine Einschlagfäden nimmt. Leo's plumpe Denunciation der Hegelschen Philosophie hat den geistigen Zusammenhang der katholisch-hierarchischen mit der pietistischen Partei zur Genüge darge- than, und man muß es als keinen übeln Einfall betrachten, wenn der Verfasser der „Neuentdeckten Jesuitenbriefe“, der sich Hegeling B. nennt, diesen Zusammenhang auch äußerlich auf eine humoristische Weise darzustellen sucht. Ist die Verbindungslinie, welche Leo mit Münster und Brüssel unmittelbar in Berührung bringt, auch in dieser Ausdehnung erdichtet, so ist seine Tendenz nach München doch in der Sache begründet, und wir sehen ja Görres in seinen histo- risch-politischen Blättern unaufhörlich mit Leo colettiren und öffent- lich Gedankenaustausch treiben. Doch ich lasse dies zunächst dahin- gestellt sein und wende mich zu der untersten Region des berliner Pietismus, um mir von hier aus eine Basis für meine Betrachtun- gen zu gründen. Eine lustige Pietistengeschichte, welche seit län- gerer Zeit in Berlin cursirt, soll mir hierzu den Weg bahnen. Bekanntlich war unlängst in dem Lagerhause, wo sich Rauch's Atel- ier befindet, das Thonmodell der Amazone von Riß zum Besten der Armen ausgestellt. Jeder Gebildete eilte dorthin, um das be- wunderungswürdige Kunstwerk zu sehen. Nun traf sich, daß ein bekannter Pietist, grade damals in der Parochialkirche, welche dicht bei dem Lagerhause steht und von deren Fenstern man in den Hof desselben sehen kann, eine Wochenpredigt zu halten hatte. Als dieser nun den nach Rauch's Atelier strömenden Menschenzug erblickte und seine Kirche darauf leer fand, bereitete er sich als- bald zu einer furchtbaren Controversepredigt gegen das Kunstwerk, und sagte unter Anderm: „Da haben sie ein neues Baalthum errichtet, und ein Götzenbild haben sie aufgestellt, das bewundern sie, danach laufen sie in Scharen, die Kirchen aber sind öde und leer.“ Als ein Seitenstück dazu wird ferner eine Expectoration eines andern Predigers angeführt, der seine Gemeinde gewarnt haben soll, „ja nicht auf der Eisenbahn zu fahren, denn sie sei ein Werk des Satanas.“ Es klingt fabelhaft, daß dergleichen Unfinn in der Hauptstadt Preußens von den Kanzeln herabgesagt werde; allein es ist wirklich so. Um dies vollends dar- zuthun, will ich aus den gedruckten Predigten von Arndt ein paar Stellen anföhren, welche die feindliche Richtung des Pietismus selbst gegen die unbedeutendsten Culturmomente zur Genüge darthun. In der „Bergpredigt Jesu Christi, sieben Betrachtungen in der Trinitatiszeit 1837, gehalten von Friedrich Arndt.“ (Magde- burg 1838) findet sich Seite 176 eine Expectoration gegen das leichtsinnige Schließen der Ehen, welche eines Abraham a Santa Clara würdig ist. Nachdem Arndt gegen die gewöhnlichen Motive zur Ehe, als da sind Habsucht, bloßes Gefallen an Schönheit, Klugheit, seine Bildung, geistert, wendet er sich nun gegen die spe- ciellen Zeitlinden: „Wir meinen die neue, verderbliche Art, in den Ehestand zu treten, die heute zu Tage immer mehr Sitte wird; wir meinen die sinnliche Liebe, die durch das Lesen schlüpfriger Ro- mane und das Besuchen schlechter Schauspiele angeregt wird; wir meinen die Verbindungen, die an den öffentlichen Vergnügungs- orten, in Ballsälen und Tanzböden in Stunden unverantwortlicher Übereilung ihren ersten Ursprung haben, wir meinen die schamlosen Zeitungsanzeigen, in denen Männer, in denen sogar Frauen und Jungfrauen um ein bequemes Leben und Geld sich selbst feil- bieten. O Berlin, das kannst du Tag für Tag in deinen öffent- lichen Blättern lesen, ohne zu erröthen? Kannst in den öffentlichen Blättern anderer Länder dich darüber verspotten lassen, ohne den Spott zu Herzen zu nehmen? Das fromme Berlin willst du sein, deine Kirchlichkeit und Gottesfurcht willst du preisen hören, und erhebst dich nicht in Massen gegen diesen Unfug, gegen die scham- lose Verleugung aller zarten Gefühle, gegen diese gemeine Herabwür- digung des weiblichen Geschlechts! O Schande über Berlin! Chris- tus würde heute zu Tage noch über dich weinen, wie einst über Jerusalem. Wenn er den unreinen Blick schon Ehebruch nennt,

muß er nicht Ehen, die auf solche Weise geschlossen werden, ehebre- cherische nennen?“ Arndt geht sogar so weit, daß er sich zu In- vectiven nicht bloß gegen das Intelligenzblatt, sondern auch gegen die Behörden hinreißen läßt. Folgendermaßen zieht er S. 195 los: „Als wollte man jedes Gefühl vor der Dürigkeit mit Füßen treten, werden die Ehescheidungssachen, als wären sie die gering- stügigsten Sachen von der Welt, in den Gerichtsstuben in Gegen- wart Derer verhandelt, die das ganze Zimmer mit ihren Klagen über Schimpfreden, Schlägereien, Schulden u. dergl. ausfüllen. Solch ein Leichtsinn läßt sich nimmermehr entschuldigen und kann treue Seelsorger in wahre Gewissensnoth versetzen, wenn sie Ehen mit solchen leichtsinnig Geschiedenen zum zweiten Mal einzusegnen haben.“ Es ist eine reine Verleugung der wirklichen Verhältnisse, wenn Hr. Arndt von solcher Gewissensnoth redet. Denn bekanntlich muß jedes Ehepaar, das geschieden werden will, erst zum Prediger gehen, und dieser hat den Sühnungsversuch anzustellen; ist dieser misglückt, so wird die Ehescheidung nach der gründlichsten Rechts- motivirung vollendet. Man darf indeß nur etwas tiefer in die Pre- digten des Hrn. Arndt blicken, um zu finden, um was es ihm eigent- lich zu thun ist. „Die Ehescheidungsgründe, sagt er, müssen be- schränkt, die Ehescheidungen auf alle Massen erschwert und der schuldige Theil niemals straflos gelassen werden.“ Hierzu fodert er dann ein- mal schärfere Gesetze und Beschränkung der öffentlichen Vergnügun- gen, der schändlichen Entweihungen des Sonntags und Sonnabends, denn „Vergnügungssucht listet unglückliche Ehen und trennt die glücklichsten.“ Arndt will wol die Ehen ohne Unterschied einsegnen, aber er will, daß die Kirchenzucht walte. „Eine Kirchenzucht, die der Unstetlichkeit Vorschub leistete, wäre Kirchenunzucht. Die sicht- bare Kirche hat die Aufgabe, für die unsichtbare Kirche zu bilden, wodurch geschieht dies aber? Durch Zurückweisen und Ausschließen, oder durch Pflege der gefallenen Seelen, durch Ermahnungen zur Buße“ (S. 200). So weit geht Arndt. Ein bekanntes Factum ist aber, daß ein anderer Prediger und einer der extravagantesten Pie- tisten Berlins, die Ehen schon Geschiedener nicht einsegnet. Die Behörden haben bereits alle Vernunftgründe erschöpft, ihn zu sei- ner Pflicht zu belehren, er beharrt hartnäckig bei seinen katholisire- renden Grundfätzen. Wie weit Hr. Arndt seine Kirchenzucht auszu- dehnen gedenkt, möge aus folgendem Bannfluch erhellen, den er in den genannten Predigten gegen das junge Deutschland ausstößt: „Da hört man, sagt er S. 175, Andere, grundlos verwüßtet, die Lehre von der Wiederherstellung des Fleisches vortragen und die Ehe für eine Wahlverwandtschaft erklären, die dem Wechsel vom Anbeginn an unterworfen sei. Fluchwürdige Ansicht! Sie ist durch und durch Ehebruch, und ewige Schmach und Schande über Jeden, der diese Ansicht so aufgestellt und behauptet hat.“ Wer sagt Hrn. Arndt, daß die Schriftsteller des jungen Deutschlands „grundlos verwüßtet“ sind? Es ist dies geradezu eine Unwahrheit. Die von ihnen aufgestellte Lehre von der Emancipation des Fleisches ist nichts als eine erneuerte Form für die Geltendmachung des antiken Lebensprinzips der Na- türlichkeit, wie es früher bereits in Heine und Friedr. Schlegel auf- trat, und das nur darin fehlerhaft ist, weil es den Gegensatz zwi- schen Geist und Körper zu abstract hinstellt. In der concreten und poetisch-wahren Form, wie es bei Goethe auftritt, hat es dage- gen seine vollkommene Berechtigung. Aber man weiß ja, wie die Pietisten auch über diesen „Heiden“ denken; Hengstenberg hat darüber offen genug geredet. Soll nun dieses Unwesen auch auf den Kanzeln gebudelt werden? Diese Frage muß nothwendig jetzt ent- stehen. Soll das Leben der Hauptstadt von den Kanzeln aus vergiftet werden, indem man Haß gegen die Bildung und ihre Repräsentan- ten in die Gemüther des Volkes schleudert, und, was die nothwen- dige Folge davon ist, die Familien entzweit? Wir zählen in Ber- lin wol mehr als zehn pietistische Prediger (nächst Hrn. v. Gerlach, Gohner und Arndt sind vorzüglich Kunze und Conard zu nennen), außerdem existiren mindestens sechs Conventikel, die ihr Wesen im Stillen treiben; sollten diese nicht mit der Zeit etwas Erleuchtetes zu Stande bringen? Denn wenn auch Preußen nicht Zürich ist, und die Pietisten daselbst nur eine kleine gebudelte Partei bilden, wäh- rend dort die Methodisten die Mehrzahl ausmachen, so kann doch darüber kein Zweifel mehr obwalten, daß auch bei uns die Duldung eingeschränkt werden müsse. Selbst innerhalb der Kirche erheben sich bei den wahrhaft evangelischen gebildeten Predigern die größten Be- denken gegen das pietistische Unwesen. So hat sich z. B. Marhei- ncke unlängst in seinen Controversepredigten (zur Vertheidigung der evangelischen Kirche gegen die katholische) folgendermaßen hierüber ausgesprochen: „Es ist in unserer Kirche nicht Alles so, wie es sein sollte. Sie ist in sich durch entgegengesetzte Partrien heimgesucht, welche dem Gegner offene Angriffspunkte, bequeme Gelegenheiten zum Ueberfalle darbieten. Auf der einen Seite ein sogenanntes evan-

gellisches Christenthum, welches unevangelisch genug ist, mit dem Feinde im geheimen Bunde zu stehen, ihm selbst die Ehre zu öffnen, den evangelischen Glauben bewusst oder unbewußt, es ist in Absicht auf die Wirkung einerlei, an ihn zu verrathen. Diese Sektirerei arbeitet aus allen Kräften an der Auflösung der evangelischen Kirche, indem sie ihr Recht der freien Prüfung beschränken und rauben will, und hat dabei ihre Nebenabsichten. Auf der andern Seite eine Unkenntniß der evangelischen Lehre, eine Gleichgültigkeit dagegen, ein Stumpfsein und eine Versunkenheit in die äußerlichen Geschäfte, in die leiblichen Bestrebungen, Genüsse und Vortheile des Lebens, worüber jede innige Theilnahme an Demjenigen, was das Gediegene und allein Große und Beseitigende des Lebens ist, aus der Seele verschwinden und der Keim des geistigen Lebens zuletzt ganz ersterben muß. So müssen wir uns denn wol fragen, ob es mehr durch Die, so mit uns sind, als durch Die, so wider uns sind, geschehen ist, daß wir in diesen bedenklichen Zustand gerathen sind." Marheineke macht hier einen sehr richtigen Unterschied zwischen bewußten und unbewußten Beförderern des pietistisch-katholischen Principis. Gofner und Arndt gehören zu den unbewußten, das Haupt der bewußten ist Hengstenberg. Das Wesen dieses raffinirten Hengstenbergischen Pietismus besteht darin, daß er sich so viel als möglich auf den Standpunkt der Gegner zu stellen und deshalb in alle Bildungssphären der Gegenwart zu vertiefen sucht, um diese vollständig zu umgarnen. Hengstenberg kennt die Philosophie, ja selbst die neuere belletristische Literatur; er recensirt Romane in seiner Kirchenzeitung. Pantheismus und Entfittlichung sind hier die Schlagwörter, mit denen die frommen Seelen geschreckt werden, grade so, wie die Anhänger der Hallerschen Doctrin den Königen und Staatsmännern das Wort „Revolution“ als Gorgonenschild hinhalten, daß sie vor dem Liberalismus zurückschrecken sollen. Immer und immer handelt es sich um das Heil der Welt, nur die Wiedereinführung der strengsten Kirchenzucht soll sie von dem Untergange retten können. Hier stoßen sie dann wieder mit den Vertretern des niedern Pietismus zusammen. Auf eine andere, höhere Weise aber äußert sich der Fanatismus dieser Richtung, indem er sich gegen die Wissenschaft richtet. In dem Leo-Hegelschen Streite ruft Hengstenberg gegen die Hegelianer voll schäumender Wuth aus: „Ja, euren Geist und euren Gott, den wollen wir grade lästern; ihn lästern und den Gott im Himmel loben ist eins.“ Ein vortrefflicher Gottesdienst! Man wird dabei unwillkürlich an den Schimpfdienst des Herakles auf Lindos erinnert, der bekanntlich darin bestand, daß man dem Gotte die größtmöglichen Grobheiten und Schimpfreden ins Antlitz sagte. Es ist überhaupt höchst charakteristisch, daß diese fanatischen Kämpfer für das Christenthum fortwährend in den Judaismus und in das Heidenthum zurückfallen. So verlangt Leo ganz bestimmt den Glauben für Moyses' Anbetung Gottes im feurigen Busch, also den paraisischen Feuerdienst. Höchst interessant ist es nun ferner, zu beobachten, wie der Jesuitismus sich in dieser Richtung Bahn bricht. Folgendermaßen rechtfertigt Hengstenberg Leo's so beispiellose Denunciation der Philosophie. „Es gibt, sagt er, eine doppelte Bekämpfung des göttlichen Irrthums, die Weise des Zeugnisses und die der wissenschaftlichen Widerlegung. Die erste Weise ist geheiligt durch den Vorgang der heiligen Männer Gottes!“ Also die Propheten und Apostel waren auch schon Denuncianten! Warum nicht? Es waltet zwar ein ganz anderes Verhältniß ob bei der damaligen und jetzigen Zeit; heut zu Tage, sollte man meinen, dürfe eine wissenschaftliche Polemik auch nur auf wissenschaftlichem Wege motivirt werden, allein es lassen sich doch durch diese Vermischung der Unmittelbarkeit mit den Tendenzen der Wissenschaft die Augen der Menge blenden, und damit ist für den Augenblick immer viel erreicht. Denn weiter will diese Partei ja fürs erste nichts, sie will die Menge stugig machen, und dann den Moment der Verwirrung benutzen, um sich der Herrschaft zu bemächtigen. Und um diesen Augenblick vorzubereiten, haben die Pietisten klugerweise die Coalition mit den Legitimisten und Ultramontanen geschlossen, die ihrerseits sehr gern darauf eingingen, um sich eine Basis in dem Volke zu begründen. Man muß die Schriften von Reigebaur, die „Memoiren eines Verstorbenen“, die „Aussichten aus der Cavallerperspective“ und die „Reisen eines Cavaliers“, kennen, um diesen Zusammenhang zu überschauen. In den Memoiren eines Verstorbenen findet sich eine Schilderung des Münsterlandes, welche den herrlichsten Commentar zu den Umtrieben der Hierarchisten bildet. Wahrlich, die preussische Regierung könnte nichts Besseres thun als sich auf diese Schilderungen berufen, die von einem wahrhaften Patrioten ausgegangen sind. Auch die Broschüre: „Die Erzbischöfe von Köln und Posen. Darstellung der weltgeschichtlichen Bedeutung der katholischen Kirche in Preußen, von Anton Graf von \*“, welche unzweifelhaft von Reigebaur herrührt, gibt die vortrefflichsten Aufschlüsse über diese Verhältnisse. Die Geschichte weiß stets was sie will, und ihre Resultate fördern stets die Cultur des Menschengeschlechts. Die katholischen Wirren sind für Preußen ein unendlich wohlthätiges Element geworden. Einerseits sind die Papisten und Jesuiten zurückgeschleudert worden aus der Bahn des Fortschrittes, welche Preußen wandeln muß und wo jene sich hemmend entgegenstellten, und andererseits ist auch die Reaction der Pietisten und Contrerevolutionairs in ihrem Principe gebrochen worden. Die Entzweiung der Schriftsteller des Berliner politischen

Wochenblattes mit der katholischen Fraction ihrer Partei, und der Lodeskampf, den Leo und Hengstenberg mit Strauß und den Hegelianern begonnen haben, treten hier als notwendige und wichtige Folgen des kölnner Ereignisses hervor. Eben darum ist es aber notwendig, daß, wie Marheineke mit Recht verlangt, die volle Aufmerksamkeit der Gegenwart sich auf diese Zustände richte, daß der Indifferentismus aufhöre, der bisher die Gemüther eingeschläfert hat. Die schädlichen und feindlichen Elemente müssen ausgeschieden werden aus dem Christenthume, damit dessen wahre Natur erkannt werde. Die Sektirerei muß aufhören, die Union muß wahrhaft vollbracht werden, indem die Religion ihren Frieden mit dem Staate schließt. Wohin nun die zu große Toleranz gegen das Sektirerwesen führt, das haben die Auswanderungen in Schlessien auf eine betruhbende Weise gelehrt. Im Magdeburgischen rüsten sich jetzt wieder 500 Menschen zur Auswanderung, in Berlin haben sich 44 Familien dazu gemeldet. Der Staat kann hier nichts thun als sie ziehen lassen, wenn er sicher ist, daß sie nicht dem Elend unmittelbar entgegengehen, allein vorbeugen kann er diesem Unwesen, indem er das Verbot der Conventikel aufs schärfste aufrecht erhält und der Wissenschaft wie der Literatur überhaupt die Bekämpfung jener schädlichen, falsch verstandenen Lehren des Christenthums überläßt. Man hat seit dem Beginne dieses Jahres den berliner Zeitungen die Besprechung der katholischen Verhältnisse freigegeben, aber noch hat kein namhafter Schriftsteller sich dazu verstanden, in diesen Zeitungen aufzutreten. Die Gründe sind bekannt. Die Literatur kennt ihre Macht, sie weiß, welche ein entscheidendes Lebensmoment sie bildet. Sie verlangt, wenn auch nicht vollständige Pressfreiheit, so doch Schutz und Bürgschaft, Recht und Gesetz für ihre Wirksamkeit. Der Geist der Öffentlichkeit, der in Berlin stärker ist als man glaubt, verlangt die principienmäßige Durchkämpfung der religiösen Interessen. Welch fruchtbarer Ideenaustausch und welche bedeutende staatsrechtliche Betrachtungen könnten hier erstehen, wenn Männer wie Ranke, v. Raumer, sowie Marheineke, Batke, Wagnhagen von Ense u. A. sich der so wichtigen Fragen der Gegenwart bemächtigten.

### Frankreich.

Paris, 13. Mai.

Die Deputirtenkammer war heute sehr zahlreich besucht. Hr. Salmon hatte den Präsidentenstuhl inne. Es wurden die neuen Minister, mit dem Marschall Soult an deren Spitze, eingeführt. Der Präsident äußerte: „Ich lade die Kammer ein, nachdem sie die Mittheilung der Regierung vernommen haben wird, sich zu dem Könige zu verfügen, um demselben den Schmerz und die Entrüstung zu bezeigen, welche in ihr das Complot hervorgerufen hat, das gestern in Paris zum Ausbruche gekommen!“ Ein Ruf: „Es lebe der König!“ ließ sich vernehmen. Sodann bestieg Marschall Soult die Rednerbühne, Explicationen über die Grundsätze des neuen Cabinetes zu geben. Er wünschte sich im Eingange vor Allem Glück zu den Collegen, welche er im Interesse des Thrones und des Landes habe vereinigen können. „Freie Wirksamkeit, verantwortliches Zusammenwirken; Frieden, gegründet auf die Würde der Nation; Ordnung, verbürgt durch die Geseze; thätigste Beschirmung aller Interessen, welche zur Wohlfahrt des Landes wirksam sind; und in unsren Beziehungen zu den Kammern Freimüthigkeit und Festigkeit, welche als die besten Mittel erscheinen, die Veröhnung der Gemüther herbeizuführen!“ Dies seien die Grundsätze, auf die das Cabinet, welches er zu leiten berufen, sich stützen werde. Der Marschall schloß seinen Vortrag mit den Worten: „Meine Hingebung dem Lande weihend, habe ich nicht nöthig, Ihnen die Versicherung zu geben, daß Frankreich bei der Discussion so theurer Interessen stets bei mir die Gesinnungen des alten Soldaten des Kaiserreichs finden wird, der wohl weiß, daß das Land den Frieden will, aber einen ehrenhaften und ruhmvollen Frieden.“

Über die gestern ausgebrochenen Unruhen bringt der Moniteur parisien folgenden Bericht: „Heute gegen 4 Uhr griff eine Bande bewaffneter Empörer die Polizeipräfectur an; Municipalgardisten und Stadtergeanten trieben sie mit Flintenschüssen zurück; sie wandten sich gegen den Posten des Justizpalastes, den sie anfielen und entwaffneten; jedoch sogleich wurde dieser Posten von der Municipalgarde wieder genommen. Sie bemächtigten sich hierauf des Postens des Stadthauses, der ebenfalls von der Municipalgarde wieder genommen und von Linientruppen besetzt wurde. Vom Stadthause vertrieben, warfen sich die Empörer in das Quartier St.-Martin. Nachdem sie die Laden mehrerer Waffenschmiede geplündert, bildeten sie zwei Barricaden in der Straße St.-Jacques la Boucherie; dieselben wurden sogleich zerstört. Im Augenblicke, wo wir schreiben, sind die Nationalgarde und die Linientruppen auf allen Punkten und wetteifern in Thätigkeit und Muth. In den übrigen Quartieren von

Paris  
Erstaun  
ternehm  
republik  
gen die  
— E  
war n  
der Na  
sich ein  
noch im  
herbeiz  
keinem  
beruhigt  
an der  
— E  
die polit  
benden  
augensch  
änderun  
greift.  
das mit  
senemol  
neue Üb  
einiges  
lang es  
welche  
Nochsch  
das End  
bräuchlic  
man es  
litik gro  
gen mit  
König  
dem M  
worden,  
dem sein  
Königs  
Frage d  
spigig er  
sei nun  
die Lage  
tion ge  
Unmögli  
cip zu bi  
daß diese  
mit Ent  
sind, wel  
fest und  
ner sich  
zusammen  
unverklei  
einer so  
tage bei  
vermehr  
endlichen  
sichten de  
Resultat  
Molé-W  
nach dem  
siegreicher  
einige Be  
tion als  
Sicherhei  
drüßig u  
würden s  
Cabinet  
wäre und  
daß ein s  
Zaubern  
selbe im  
hafte M  
auf verze  
binets zu  
schiene, d  
der Ding  
furchtbar  
deutung  
Es ist  
und tiefer  
ches an d  
dem es  
mit einem  
Verbannu

Paris wurde die Ruhe nicht gestört. Überall werden die Bürger von Erstaunen und Entrüstung ergriffen, wenn sie von diesem neuen Unternehmen Kunde erhalten, welches, wie alle andere, das Werk der republikanischen Partei ist, jener Faction, die stets im Kampf ist gegen die öffentliche Ordnung und die Wohlfahrt des Landes."

— Heute früh glaubte man die Ruhe vollkommen hergestellt; dem war nicht so; um 11 Uhr Vormittags wurde eine Barricade auf dem Marché des Innocens errichtet; um 12 Uhr wurde solche von der Nationalgarde und den Truppen erstürmt; um 1 Uhr erhob sich eine Barricade in der Straße St.-Mary; um 2 Uhr wurde noch immer Rappel geschlagen; die Nationalgarde zeigte sich säumig, herbeizukommen. Bei Abgang der Post (um 5 Uhr) hatte man von keinem neuen Vorfalle gehört. Die Bewegung war groß, aber man beruhigte sich bei dem Gedanken, daß bis dahin das Volk keinen Theil an der Revolte genommen hatte.

— Der Correspondent der Times aus Paris drückt sich über die politischen Vorgänge in Frankreich wie folgt aus: „Diese nie endenden Besorgnisse und dieses ewige Zögern sind nach Allem nur das augenscheinliche Symptom einer langsamen aber unvermeidlichen Veränderung, welche in der Leitung der Geschäfte dieses Landes Platz greift. Das System, welches man ‚des Königs eignes‘ nennt und das mit mehr Gewandtheit länger bestanden haben würde, ist erwiesenermaßen ein gehetzter Hirsch, und es würden nichts weniger als neue Übertreibungen seiner Gegner erforderlich sein, um denselben wieder einiges Leben und zeitweilige Kraft zu geben. Es fragt sich nun, wie lang es seinen Todeskampf hinauszuziehen wird, und die Ereignisse, welche Tag für Tag austauschen, sind nichts als wiederholte Versuche, Nothfristen und Vertagungen zu erhalten, wie unausweichbar auch das Ende sein muß. Mittlerweile muß, wie in diesem Lande gebräuchlich, ein Witzwort die gegenwärtige Lage skizziren oder, wie man es hier nennt, aufklären. Was ist, rief eine lebhaft, an Politik großen Antheil nehmende Dame kürzlich aus, was ist anzufangen mit einem Könige, der Minister, und mit einem Minister, der König zu sein verlangt? Die Feindschaft zwischen dem König und dem Minister ist unglücklicherweise in der letzten Zeit nicht verringert worden, und es wird erzählt, daß, als Hr. Thiers' Gattin, nachdem seine Abwesenheit bei dem Empfang in den Tuileries an des Königs Geburtstage bemerkt worden war, bei Hofe erschien, auf die Frage des Königs, ob Krankheit an seiner Abwesenheit schuld sei, spitzig entgegnete, ihr Gemahl befinde sich vollkommen wohl. Dem sei nun wie ihm wolle, so behaupten einige Leute fortwährend, daß die Lage der Dinge und Personen, so wie sie die Auflösung und Coalition geschaffen, als die einzige und hinreichende Ursache der völligen Unmöglichkeit, eine Verwaltung auf dem zu Grunde gelegten Princip zu bilden, erscheine, während Andere nicht anstehen zu erklären, daß diese unendlichen Fehlgeburten das Resultat eines systematischen, mit Entschlossenheit vom König ergriffenen und verfolgten Planes sind, welcher letztere fortwährend in seine Vis inertiae viel Vertrauen setzt und wähnt, daß die an diesen Intriguen Theil nehmenden Männer sich selbst vernichten und in der Achtung des Volkes täglich mehr zusammenschrumpten, während seine eigene Gestalt unverändert und unverkleinert bleibe! Es wird hinzugefügt, daß der Zusammenfluß einer so großen Anzahl Deputirter, welche sich an seinem Geburtstage bei Hofe eingefunden, seine Zuversicht in dieser Hinsicht noch vermehrt habe. Ich habe mich bemüht, inmitten dieses scheinbar unendlichen Hin- und Herflutens zu erfahren, was die wirklichen Absichten des Königs sind. Es herrscht kein Zweifel, daß, nachdem das Resultat der letzten Wahlen ihm alle Hoffnung geraubt, das Cabinet Molé-Montalivet zu behalten, er an eine Verwaltung dachte, worin, nach dem Rathe des Herzogs von Broglie, die Doctrinaires ihre siegreichen Verbündeten in Schach gehalten hätten; daß der König einige Zeit alle seine Künste spielen ließ, um jede andere Combination als diese eine, welche ihm allein nach seiner Ansicht wirkliche Sicherheit bot, zu vereiteln; aber daß er endlich, des Dinges überdrüssig und außerdem überzeugt, die Parteien in der Wahlkammer würden sich die Waage halten, sich aufrichtig in die Bildung eines Cabinets, aus welchen Bestandtheilen dasselbe auch zusammengesetzt wäre und das die Doctrinaires ausschließen würde, ergeben hätte, und daß ein solches Cabinet ins Leben getreten sein würde, wenn nicht das Zaudern einiger der beantragten Mitglieder, vor Allem das Dupin's, dasselbe im Keime zerstört hätte. Aber obwol der König sich in diese ihm verhasste Maßregel ergeben, so ist doch nicht vorauszusetzen, daß er darauf verzichtet hätte, wenn es nöthig, die Maßregeln des neuen Cabinets zu durchkreuzen, und sobald es unumgänglich notwendig erschiene, demselben ein schnelles Ende zu machen. Bei diesem Zustande der Dinge würde ‚Sr. Majestät Opposition‘, die Conservativen, sich fürchtbar gezeigt haben, da Betrachtungen von noch tieferer Bedeutung ihren Einfluß auf den Geist des Königs geltend machen. Es ist Thatsache, daß sich derselbe von jenem alten revolutionären und riesenhaften Ungeheuer angegriffen und umlagert ansieht, welches an dem Königthume so blutige Thaten begangen; welches, nachdem es Ludwig XVI. auf das Schaffot gesendet, Ludwig XVIII. mit einem Handstreich für eine Weile verjagte und Karl X. in ewige Verbannung schickte, und welches die Throne erschüttert und sie wan-

ken macht gleich Trunkenen. Voll persönlichen Muthes gürtet der König seine Lenden und rüstet sich für den Augenblick, wo er (und er wird es kühn ausführen) seinem furchtbaren Gegner die Spitze bieten wird, den zu bethören und in Schlaf zu lullen er nicht mehr im Stande ist. Die wirkliche Gefahr dieser vielleicht voreiligen und zugleich eingebildeten Betrachtungen liegt aber darin, daß einige warme und ergebene Anhänger des Königs es für politisch halten, den Kampf zu beschleunigen, indem sie dadurch die günstigen Aussichten für das Königthum und die Vertheidiger der Gesellschaft und des Friedens in Europa zu vermehren wännen. Andere noch Unvorsichtigere wären nicht abgeneigt, die Dinge sogleich auf das Äußerste zu treiben, in der Überzeugung, daß die Armee und die Nationalgarde bereit sind, zu Gunsten der bestehenden Regierung die Waffen zu ergreifen und dieselbe nach Vernichtung ihrer Gegner in den Stand zu setzen, jene beschränkenden Gesetze zu erneuern oder vielleicht auszudehnen, denen sie ihre Fortdauer unter so zahlreichen ihr drohenden Gefahren danken zu müssen glaubt. — Es gibt auf der andern Seite viele Anhänger der im Jahr 1830 eingesetzten Regierung, die gern eine aus gemäßigten Liberalen zusammengesetzte Verwaltung, die nothwendigerweise von der Minorität der Conservativen überwacht und beschränkt werden würde, einer aus Conservativen zusammengesetzten Regierung vorziehen, welche von einer furchtbaren Minorität Liberaler, bewaffnet mit der ganzen Macht der Presse und alle Demagogen Europas hinter sich, angegriffen und in Schrecken gesetzt werden würde.“

### Deutschland.

Hanover, 10. Mai. In politischer Hinsicht drehen sich die Unterhaltungen in der Residenz vorzüglich um vier Punkte: den Vermittelungsvorschlag der Bremervörder Wahlversammlung, die Zusammenberufung der Stände, die Verhandlungen in den Kammern zu Darmstadt und Karlsruhe, und die Gerüchte über die in der Sitzung am 26. April ausgesprochen sein sollenden Ansichten des Bundestages. In erster Hinsicht wollen Viele, welche mit den Gesinnungen der Herren Dr. Lang und Dr. von der Horst vertraut sein wollen, nur eine consequente Verfolgung des bekannten Conradi-Lang'schen Antrags im vorigen Jahre: „nach welchem die zusammenberufenen Stände zwar eine neue Verfassung berathen, die gültige Beschlußnahme aber den staatsgrundgesetzlichen Ständen überweisen wollen“; oder des nicht weniger bekannten Antrags der Bremer-Verdenschen Landschaft: „auf gesetzmäßigem Wege (worunter der Concipient Dr. Lang nur den staatsgrundgesetzlichen hat bezeichnen wollen) eine Vereinigung zu erzielen“, erblicken. Andere, die sich für unterrichtet halten, verneinen dagegen, das Verhalten des Hr. Lang habe unter dem Einflusse eines dem Cabinet nahe stehenden Mannes gestanden und stimme auch, in der Nähe betrachtet, mit dessen bisherigem Betragen überein. Wiederum Andere sehen in dem Verfahren überhaupt nichts Bedenkliches und glauben auch nicht, daß es zu einer wirklichen Wahl in Bremervörde kommen werde, theils weil in der Proclamation vom 3. Mai nicht bereits bestimmt auf die Anfrage eingegangen, sondern Alles schwebend gestellt sei, theils weil die Mehrheit der Wahlmänner, insbesondere der Hauptmann Böse zu Bederkesa, Leute sind, die recht gut zu unterscheiden wissen, worauf es ankommt, und gar nicht so leicht das Eine für das Andere hinnehmen werden. Die Zeit wird Alles lehren! Den zweiten Punkt, die Zusammenberufung der Stände betreffend, so werden viele Zweifel noch darüber gehört, ob sie wirklich in beschlußfähiger Zahl erscheinen werden, und wenn man bedenkt, daß unter den jetzt im Staatskalender aufgeführten 35 noch wenigstens 6 — 8 der grundgesetzlichen Opposition dennoch angehören, wenn sie auch die Vorstellungen an den deutschen Bund nicht mit unterschrieben haben; wenn man ferner erwägt, daß die Prüfung der Vollmachten den beiden Kammern nicht wohl entzogen werden kann, daß die erste Kammer von dem einer bestehenden Ständeversammlung (wol nicht ganz in dem Maß einem neu berufenen Landtage) nach der bisherigen Observanz und der Natur der Sache unzweifelhaft zustehenden Rechte der Prüfung der Vollmachten neu erwählter Mitglieder vor deren Eintritt, in ihrem eignen Interesse nicht abgehen wird, daß aber zu dieser Prüfung in der zweiten Kammer nothwendig 37 bereits besidigte Mitglieder erforderlich werden: so scheinen diese Zweifel nicht ohne Grund. Manche wollen daher in der Zusammenberufung der Stände auch nur einen Antriebe zu schnellen Wahlen finden, und wenn man hier und da wiederum hört: „Wenn die Opposition in der zweiten Kammer nicht verstärkt wird, so geht Alles verloren“, so sollte man bald gleiche Ideen fassen. Allein das Cabinet weiß zu gut, welchen Eindruck die aus dem ersten Erscheinen der Kammern im vorigen Jahre gezogenen Folgerungen gemacht haben, und es läßt sich deshalb kaum glauben, daß dasselbe auf schnelle Wahlen rechnet, besonders da, um auf den dritten Punkt zu kommen, die veröffentlichten Verhandlungen der Kammern in Darmstadt und Karlsruhe,

besonders in der letztern, das Selbstgefühl und Vertrauen im Lande mächtig gestärkt haben, und auch die Hoffnung auf die thätige Theilnahme des deutschen Bundes neu erwacht ist. Was in der Bundestagesitzung vom 26. April von einzelnen Gesandten vorgetragen worden, läßt sich allerdings mit Gewißheit nicht sagen, da die beschlossenen Verhandlungen noch nicht veröffentlicht sind. Was aber von nähern Erkundigungen verlauten darf, bestätigt die Äußerungen des Ministers v. Blittersdorf in der badischen zweiten Kammer: daß es die Absicht des hohen Bundes ist, den Rechtszustand aufrecht zu erhalten. Die schnelle Absendung des Legationraths v. Schele von hier nach Frankfurt läßt auch auf wichtige Verhandlungen schließen. In Frankfurt soll am geeigneten Ort eine Abstimmung der hannoverschen Gesandtschaft im Jahr 1823 in einer ähnlichen Staatsverfassungangelegenheit (Holstein) vielen Anklang finden. Sie ging dahin: „Entsagung kann hier (bei den Verfassungsrechten) weniger noch als in privatrechtlichen Verhältnissen vermuthet werden. Diefelbe erfordert hier den strengsten Beweis. Nachgiebigkeit in einzelnen Fällen, Ausdrücke der Unterwürfigkeit, wie sie Unterthanen gegen ihre Regenten ansetzen, können nur in diesem Sinne genommen, nicht als jeden Anspruch auf Verfassungsrechte ausschließende Entsaugungen beurtheilt werden. Solche Gestalt können sie nicht annehmen, wenn nicht klar die Absicht der Entsagung vorliegt. Die leiseste Verwahrung gegen den Regenten für das Staatsgesetz reicht zur Erhaltung des Rechts zu. Das privatrechtlich gegen den Gleichen geltende findet die vollste Anwendung in Hinsicht auf das Verhältniß gegen den Regenten. Staatsmänner dürften Gründe finden, diesen Rechtsregeln für das Staatsrecht die weit ausgebreitetste Wirkung zuzugestehen und aus der Nachgiebigkeit der Unterthanen nicht so leicht eine das Recht ausschließende Folge zu ziehen.“ (Protokoll des Bundestags von 1823, S. 395.) Daß das Letztere wirklich der Fall gewesen ist, davon geben die bekannten Rechtsgutachten Beweis.

— Der Hamburger Correspondent enthält folgende Erklärung des Hauptmanns Böse aus **Bedersbeka** vom 10. Mai datirt: „Es ist zu meiner Kunde gekommen, daß man die schriftliche Erklärung, durch welche 16 der in Bremervörde am 27. April versammelt gewesenen Wahlmänner die Ablehnung der Wahl eines ständischen Deputirten näher begründet, einer Auslegung untergestellt, die sie nach der wahrhaftigen Willensmeinung derselben nicht haben sollte. Meine Anhänglichkeit an dem Staatsgrundgesetze von 1833 oder mit andern Worten an der Erhaltung des Rechtszustandes ist landkundig. Die Ansicht, daß von Ständen, die nicht nach den grundgesetzlichen Formen gewählt, beidigt und eingeführt worden, Giltiges für das Land nicht beschloffen werden könne, ist stets von mir vertreten worden. Darum hätte ich denn schon erwarten dürfen, daß meiner stets offenen Sinnes- und Handlungsweise es nicht zugetraut worden: ich werde Schritten meine Zustimmung geben, aus denen eine Verzichtleistung auf das in rechtlicher Wirksamkeit befindliche Staatsgrundgesetz gefolgert werden könnte. Mit dieser Sinnesweise war aber wol der Wunsch vereinbar, daß die Wirren, welche gegenwärtig mein Vaterland so hart bedrängen, gelöst werden möchten, wenn dieser Zweck auf eine freie und formfeste Weise erreicht werden könnte. Um so weniger meinte ich hierauf gerichteten Bestrebungen entgegenzutreten zu dürfen, da glaubhaft versichert ward, daß man auch auf der andern Seite des Streitfeldes herzlich müde sei und mit dem Lande Frieden zu schließen wünsche. Ich glaubte daher unbedenklich meine Zustimmung einer Erklärung geben zu können, die im Wesentlichen dahin ging, daß man nicht abgeneigt sei, Deputirte zu wählen, wenn man auf der andern Seite seine Geneigtheit zu einem freien, formfesten Vergleiche, das heißt einem Vergleiche, zu welchem beide Theile ihre freie Genehmigung erteilten und dem durch die Rathhabition der staatsgrundgesetzlichen Stände seine Formfestigkeit gesichert ward, öffentlich erklärte. Mit andern Worten, es hat nach dem Sinne, den ich mit der Erklärung verbunden, und damit nach den entscheidenden von Einzelnen vielleicht übersehenen Worten: daß man einen freien, formfesten Vergleiche durch die Wahl eines Deputirten befördern wolle, nur verbinden konnte, daß wiederholt werden sollte, was in dem bekannten, von der Majorität der zweiten Kammer bereits am 25. Jun. v. J. gefaßten Incompetenzbeschlusse ausgesprochen worden: daß man die Berathung über den neuern Verfassungsentwurf nur unter dem Vorbehalte der Genehmigung der grundgesetzlichen Stände fortsetzen könne und wolle. Daß so und nicht anders die wahre Willensmeinung der Wahlmänner gewesen, daß man auch nicht entfernt die Absicht gehabt, nur um ein Haar breit von dem bisher verfolgten Recht abzuweichen, wird, so Gott will, auch der nächste auf den 17. Mai d. J. zu Bremervörde angesetzte Wahltermin sprechend zu Tage legen. Die Erklärung hat aber jetzt jede Bedeutung verloren, nachdem in der jüngsten Proclamation das Cabinet zu erkennen gegeben, daß man an den Reservationen und Bestimmungen des 15. Febr. d. J. festhalte, also die Hoffnung zu einem formfesten freien Vergleiche aufgegeben werden muß. Dr. von der Horst, Wahlmann des königlichen Amtes Rothenburg, hat sich bereits veranlaßt gefunden, seine Resignation als Wahlmann einzureichen.“

### Z e i t.

Wenn man den letzten Nachrichten aus dem Orient trauen darf, so zielt Alles dort auf einen Bruch zwischen der Pforte und Ägypten hin. Die Diplomatie wird ohnmächtig, den Zusammenstoß zu verhüten, und der nächste Sommer wird die wichtigsten Ereignisse sich entrollen sehen. Der französische Vorschläger in Konstantinopel macht unerhörte Anstrengungen, den Frieden und den Status quo im Orient aufrecht zu erhalten. Der russische Vorschläger, Hr. v. Buteniew, treibt insgeheim zum Krieg an, um Rußland Gelegenheit zu verschaffen, zu interveniren und nach Art des Löwen in der Fabel zu entscheiden. England zeigt sich der Pforte ergeben, um Mohammed-Ali in Schrecken zu setzen und von demselben die Ermächtigung zu erlangen, die nach Ostindien bestimmten Truppen durch Ägypten führen zu dürfen. Der Großherr und der Vicekönig von Ägypten, von der europäischen Diplomatie hin- und hergezogen, fahren fort, nach den Eingebungen ihres Hasses und der Nothwendigkeit zu handeln, welche den Bruch des Status quo unter Gefahr einer gänzlichen Erschöpfung beider Staaten unabwendbar macht. Östreich, welches vermöge seiner Stellung ein großes Gewicht in die Waagschale werfen kann, bewahrt eine scheinbare Neutralität, indem es sich vorbehält, den neuen Übergriffen, worauf Rußland sinnt, entgegenzutreten. Bei diesem Zustande der Dinge darf man dem bevorstehenden Bruche gewiß entgegensehen; der Ausgang jedoch ist ungewiß. Beide Parteien haben jede eine starke Armee und furchtbare Flotte. Wenn Rußland sich nicht einmischet, werden die Schlachten zu Lande aller Wahrscheinlichkeit nach zum Vortheile des Vicekönigs sich wenden. Was die Flotten anbelangt, so werden das englische und französische Schiffgeschwader ohne Zweifel ihr Zusammentreffen verhüten. Geht Mohammed-Ali als Sieger hervor, so hat Rußland die Verpflichtung, sich einzumischen, und es kann daraus ein allgemeiner Krieg erfolgen, worin Östreich in Uebereinstimmung mit Frankreich und England handelt; dieser Krieg würde den Übergriffen Rußlands ein Ziel setzen und für lange Zeit die Macht des russischen Reichs vernichten. Wenn Mohammed-Ali unterliegt, so wird sich Ägypten der arabischen Nationalität bedienen, um theilweise seine Unabhängigkeit wieder zu erringen, und später werden sich die europäischen Mächte in seine reichen Provinzen theilen. Wie dem auch sei, Frankreich und England bereiten sich, den Kämpfen des Orients als Theilnehmer oder als Zuschauer beizuwohnen. Die Flotte des Admiral Stopford, aus sieben Linienschiffen, zwei Fregatten und einigen leichtern Fahrzeugen bestehend, schickt sich an, Malta zu verlassen, um sich theils vor Burla, theils vor Alexandria aufzustellen. Das Geschwader des Contreadmirals Lalande, im Augenblicke aus drei Linienschiffen, einer Corvette und zwei Briggs bestehend, kreuzt in den Gewässern von Burla und Metelin, und auf der Rhede von Marseille liegen sechs Linienschiffe und ebenso viel leichtere Fahrzeuge, um, wenn es nothwendig erscheint, jene Flotte zu verstärken. (Toulonnais.)

### Börsennotizen.

**London**, 11. Mai 3% Stock 93 $\frac{3}{8}$ ; 5% Span. Act. 19 $\frac{1}{2}$ ; 3% Port. 21 $\frac{1}{8}$ ; 2 $\frac{1}{2}$ % Holl. Int. 56 $\frac{1}{2}$ .  
**Amsterdam**, 12. Mai. 2 $\frac{1}{2}$ % Holl. Int. 55 $\frac{1}{16}$ ; 5% Span. Act. 18 $\frac{13}{16}$ ; Ranzon 27 $\frac{1}{2}$ .  
**Paris**, 13. Mai. 5% 111. 45; 3% 81. 80; 5% Reap. 101. 75; 5% Span. Act. 20; 3% Port. 22; St.-Germ.-E. 697. 50; Verf.-E. rechts 737. 50; Verf.-E. links 255.  
**Wien**, 11. Mai. 5% Met. 107 $\frac{1}{2}$ ; 4% Met. 101 $\frac{1}{2}$ ; 3% Met. 81 $\frac{1}{2}$ ; W. B.-Act. 1529; W. 500-Fl. = L. 134; W.-Nordb. 106; Ven. Mail.-E. 103; Wien.-Raab. E. 106 $\frac{1}{4}$ ; Neue Anleihe 109 $\frac{1}{4}$ .  
**Augsburg**, 14. Mai. Augsb.-Münch. E. 103 $\frac{7}{8}$  S.; Ludw.-Don.-Ran.-Act. 63; Venet.-Mail. E. 102 $\frac{1}{2}$  S.  
**Hamburg**, 14. Mai. W. B.-Act. 1533; 3% Dän.-Engl. 72 $\frac{1}{2}$ ; 5% Russ.-Cort. 103 $\frac{1}{2}$ ; 2 $\frac{1}{2}$ % Holl. Int. 54 $\frac{1}{2}$ .  
**Frankfurt a. M.**, 15. Mai. 5% Met. 106 $\frac{1}{2}$  S.; 4% Met. 101 $\frac{1}{2}$  S.; 3% Met. 81 $\frac{1}{2}$  S.; W. B.-Act. 1834 S.; W. 500-Fl. = L. 133 $\frac{3}{4}$  S.; 2 $\frac{1}{2}$ % Holl. Int. 54 $\frac{1}{2}$  S.; Taun.-E. 286 $\frac{1}{2}$  S.  
**Berlin**, 16. Mai. 4% St.-Sch. = Scheine 103 $\frac{1}{2}$ ; Sechsbilg.-Präm.-Sch. 72 $\frac{1}{2}$ ; W. B.-Act. 1054; Poln. 300-Fl. = L. 67 $\frac{1}{2}$ ; Poln.-500 Fl. = L. 79 $\frac{1}{2}$ .

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Son

Die Bet  
Hoch  
Behellu  
angen  
ten Po  
In - un

Spanien

Nac

Don Ca  
France  
des Eng  
katholisch  
Bataillon  
partero  
nen Bese  
und sich  
Am 4. M  
ro's und  
gegen 50

Lon

Gest

jährigen  
nete. D  
Königin  
zogin vor  
mehrere P  
Minister  
die angefe

— Her

Stunden

am 13. S

Oberhaus

klärungen

sterium

werden, d

könnten,

Königin,

von der A

ersten Ta

stärkt und

balle hab

besonders

eine tröf

— Na

des Unter

formclub

sie bei der

hätten. G

folten dar

verlangen,

Frage bet

gegen vor

eine solche

zu, die all

ihre Unter

sagt in W

Mitglieder

maicabill

daß das C

gen nicht

künftig so

abzuwehre

hampalast

die Inter